

ALTER MACHT ZUKUNFT!



Arbeitspapier aus den Werkstattgesprächen

■■■■■■■■■■ NIEDERSACHSEN

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Landesbüro Niedersachsen

Inhalt

Vorbemerkung	3
Einleitung	4
Das Leben vom Ende her denken	
Fragen an Walter Hiller, niedersächsischer Sozialminister a.D.	11
I. Die Übergänge im Alter	13
<i>Es ist noch nicht alles Sonnenschein</i>	
Mechthild Schramme-Haack, Vorsitzende des Landesfrauenrats Niedersachsen	18
II. Inklusiver Sozialraum ist Leben mittendrin	21
<i>„Freiwilligenarbeit – wer macht mit?“</i>	
Ingrid Ehrhardt, Freiwilligenzentrum Hannover	25
III. Alt und Jung auf Augenhöhe	29
<i>Bildung verträgt keine Schwellen</i>	
Monika Gotzes-Karrasch, Stadträtin der Stadt Langenhagen	34
IV. Gesetzliche Regelungen	37
<i>Unabhängig informieren und beraten – Verbraucherschutz im Alter</i>	
Fragen an die Bundestagsabgeordnete Kerstin Tack	43
V. An neuen Wegen orientieren	45
<i>Partizipationskonzepte entwickeln: Landesprogramm innovative Partizipationsmodelle</i>	
Prof. Dr. Christiane Dienel, Präsidentin der Hochschule Hildesheim	47
Mitwirkende Expertinnen und Experten in den Werkstattgesprächen	49
Statistiken	51

Die Positionen der Autorinnen und Autoren geben nicht in jedem Fall die Position der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder.

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Niedersachsen, Theaterstraße 3, 30159 Hannover
niedersachsen@fes.de, Fax: 0511 357708-40, www.fes.de/niedersachsen

Redaktion: Petra Wilke, Lisa Lehmann
Text und redaktionelle Bearbeitung: Bernhard Fokken

© 2012 Friedrich-Ebert-Stiftung

Layout: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn
Fotos: fotolia.de
Druck: agenturdirekt, Druck + Medien GmbH, Hannover

Printed in Germany 2012

ISBN 978-3-86498-208-8



Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Qualitätsmanagement zertifiziert nach EFQM (European Foundation for Quality Management): Committed to Excellence

Vorbemerkung

Wir leben immer länger – gleichzeitig waren wir im Alter noch nie so gesund, gebildet und wohlhabend wie heute. Verkalkte Bilder über die Zeit nach dem Renteneintritt, die noch viel zu häufig in den Köpfen der Menschen schweben, müssen einen Mentalitätswechsel durchlaufen: Statt den Ruhestand als „letzte Lebensphase“ zu verstehen, kann das eigene Alter heute als aktive Lebensphase verstanden und Neues gewagt werden.

Auch der demografische Wandel, der über vielen Bevölkerungsprognosen als „Schreckensgespenst“ schwebt, verliert durch das Umdenken der Altersvorstellungen, sein abschreckendes Gesicht. Die gewonnene Zeit nach dem Beruf und die Tatsache, dass es in Zukunft viel mehr Menschen mit dieser wertvollen Zeit gibt, bedeutet ein enormes Potenzial für die Gesellschaft!

Durch Mitverantwortung, Teilhabe und aktive Gestaltungsmöglichkeiten wird nicht nur die eigene Lebensqualität gesteigert, sondern auch ein wichtiger Beitrag für die gesamte Gesellschaft geleistet.

Das vorliegende Arbeitspapier möchte einen zukunftsorientierten Anstoß für das Umdenken in Bezug auf die „älter werdende Gesellschaft“ liefern und die Diskussion über Möglichkeiten anstoßen, wie das „Altern“ in einer inklusiven Gesellschaft positiver gestaltet werden kann. Das Arbeitspapier „Alter Macht Zukunft“ soll Mut und Hoffnung machen. Es beschreibt Handlungsfelder und skizziert den möglichen Weg zu einer inklusiven Gesellschaft in Niedersachsen.

Die mitwirkenden Expertinnen und Experten in unseren Werkstattgesprächen haben sich mit den Herausforderungen, die der demografische Wandel und die gleichzeitig steigende Lebenserwartung der Menschen mit sich bringen, auseinandergesetzt und mögliche Ansatzpunkte diskutiert. Dabei werden eine Reihe von Politikfeldern, wie die Bildungspolitik, Wohnungsbau- und Raumordnungspolitik, die Entwicklung der ländlichen Räume sowie das freiwillige gesellschaftspolitische Engagement, in den Blick genommen und eingehend beleuchtet.

Wie eine Gesellschaft mit solchen Herausforderungen umgehen kann, zeigen die zahlreichen Interviews mit Sachverständigen, die viele Anstöße geben, praktische Beispiele nennen und Konzepte beschreiben, die zu mehr Teilhabe älterer Menschen und einer inklusiven Gesellschaft führen können.

Wir bedanken uns an dieser Stelle für die engagierte Mitarbeit und die konzeptionelle Erarbeitung dieses Arbeitspapiers bei allen mitwirkenden Expertinnen und Experten der Werkstattgespräche! Unser besonderer Dank gilt Gabriele Lösekrug – Möller und Erika Huxhold, die mit innovativen Ideen und Impulsen die Werkstattgespräche geleitet und moderiert haben. Wir würden uns freuen, wenn dieses Arbeitspapier dazu beiträgt, die Diskussion über die Ausgestaltungsmöglichkeiten der aktiven Lebensphase nach dem Berufsleben zu bereichern.

Petra Wilke

Leiterin des Landesbüros Niedersachsen
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Einleitung

Unsere Gesellschaft wird älter. Hinter diesem Prozess stehen sinkende Geburtenraten und eine immer höhere Lebenserwartung der Menschen. Statistiken und Prognosen zeigen diesen Prozess des demografischen Wandels¹. Sie münden meist in pessimistischen Zukunftsszenarien, die angesichts des davon ausgelösten enorm großen Reformbedarfs zur Lethargie verleiten und zu Blockaden führen. Dafür gibt es jedoch keinen Grund!

Um die positiven Seiten der Entwicklung zu begreifen und aufzugreifen, müssen wir uns von überholten Vorstellungen des „Alterns“ lösen. Allzu häufig haben wir noch ein Bild im Kopf, das immer weniger mit der Realität zu tun hat. Darin ist die Lebensphase nach dem Berufsleben gleichbedeutend mit „Altenteil“, dem Rückzug aus dem aktiven Berufs- und Gesellschaftsleben. Alter wird verbunden mit sinkender Leistungsfähigkeit und gesundheitlichen Problemen. Als Folge kreisen die Reformgedanken oft um karitative Aspekte, um Seniorenwohnheime, um steigende Pflegebedarfe, um die Kosten des Gesundheitssystems – und bestenfalls noch um altersgerechte öffentliche Einrichtungen.

Dieses Bild entspricht aber schon lange nicht mehr der Wirklichkeit. Viele ältere Menschen sind noch aktiv oder möchten gern aktiv werden, auch wenn sie mit fortschreitendem Lebensalter vielleicht mit Handicaps zu kämpfen haben. Sie möchten sich politisch und kulturell engagieren – und sie haben etwas beizutragen für die Zukunft unserer Gesellschaft. Ihre Erfahrungen, ihre Qualitäten und ihr Engagement können viel bewirken. Dies ist aber nur dann möglich, wenn wir sie nicht auf das „Altenteil“ abschieben, vom alltäglichen Leben isolieren oder mit falschen Pflege- und Betreuungskonzepten unselbstständig machen.

Wir müssen umdenken und unsere Prämissen ändern, hin zum Bild einer Gesellschaft, in der alle Menschen aus allen Generationen gleichberechtigt und doch zugleich unterschiedlich leben und aktiv sein können. Anknüpfungspunkt für ein solches Modell vom Zusammenleben ist der Wunsch aller Menschen nach einem selbstbestimmten Leben. Dieser Wunsch ist die Grundlage der politischen Vision von einer sozialen Gesellschaft und individuelle alltägliche Antriebskraft zugleich. Dies ist für eine soziale Gesellschaft Ausgangspunkt und Verpflichtung. Alle Menschen kämpfen darum, ihre Würde in schwierigen Lebenssituationen nicht zu verlieren. Es ist wünschenswert, dass ein sozialer Staat dafür den Rahmen schafft. Es liegt in seiner Verantwortung, dass aus diesem Wunsch ein Recht der Menschen wird.

In diese Verantwortung gehört es auch, die materiellen und kulturellen Möglichkeiten zur persönlichen Emanzipation und Autonomie zu öffnen und offen zu halten. Das Recht auf Würde und Selbstbestimmung soll uneingeschränkt für jeden gelten, unabhängig von seinen Leistungen und seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit. Darum ist es sinnvoll, wenn die Gesellschaft besondere Sorge für diejenigen trägt, die in Not geraten sind, die durch Krankheit, Unfälle, soziale Entwurzelung oder im Alter Unterstützung benötigen. Sie benötigen die Solidarität der Gesellschaft besonders. Ein Gemeinwesen ist nur so gut, wie es die Teilhabemöglichkeiten aller Bürgerinnen und Bürger sind.

Dies gilt auch als Verpflichtung gegenüber älter werdenden Menschen. Auch sie möchten weiter in Würde und Selbstbestimmung leben können. Sie wollen weiterhin in ihrer bekannten Umgebung und im Umfeld ihrer Freunde wohnen, die

1 Siehe unter Statistiken Seite 51: Abbildung 1.

vertrauten Einkaufs- und Freizeiteinrichtungen nutzen und selbstbestimmt den Ablauf ihres Lebensalltages bestimmen können – sie wollen aber auch möglichst lange am politischen Leben teilhaben können. Es ist erforderlich, dass der soziale Staat darauf Antworten gibt und Bedingungen für ein möglichst hohes Maß an Selbstständigkeit auch im Alter schafft.

Eigenständiges Wohnen soll so lange wie möglich und gewünscht realisierbar sein. Dafür müssen neue Wohnformen auch für den Fall des Unterstützungsbedarfs entwickelt werden. Dies können beispielsweise Wohngruppen und Quartiersprojekte sein. Konzepte und finanzielle Ressourcen für bezahlbare, barrierefreie Wohnungen, entwickelt durch den sozialen Wohnungsbau, sind notwendig. Der ÖPNV bedarf einer besseren Einstellung auf die Bedürfnisse von älteren Menschen, sprich: mehr Flexibilität, häufigere Fahrten und bessere Erreichbarkeit. Ein besonderes Gewicht hat dabei die wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Dabei geht es elementar um den Erhalt der Mobilität und der Lebensqualität. Es ist wichtig, Gesundheitsvorsorge und Pflege für ältere Menschen so zu gestalten, dass auf allen Stufen möglicher altersbedingter Einschränkungen selbstbestimmtes, selbstständiges Leben möglich ist – bis in das hohe Alter hinein. Informationen über finanzielle Folgen von Pflegebedürftigkeit für ältere Menschen und deren Angehörige müssen rechtzeitig publik und transparent gemacht werden. Zusätzlich ist es sinnvoll, Servicestellen, die Beratung und Hilfen bündeln, aufzubauen. Unterstützungsangebote vor Ort, die ein Leben außerhalb von Heimen auch für schwer Pflegebedürftige ermöglichen, müssen gestaltet werden.

Die Wirklichkeit ist jedoch anders. Wenn Politik dies ändern will, ist die Mitnahme jedes einzel-

nen Mitglieds der Gemeinschaft unerlässlich. Dann ist es notwendig umzudenken und sich darauf zu besinnen, wie unser zukünftiges Zusammenleben aussehen soll. Die Frage ist dabei zunächst nicht: Welche Instrumente benötigen wir? Die erste Frage sollte lauten: Welche politische Vision haben wir für eine Gesellschaft, in der ein selbstbestimmtes Leben im Alter ein fester Bestandteil ist? Erst dann können die Ziele und Instrumente definiert werden.

In einer sozialen Gesellschaft ist es nötig, auf das Leitbild einer inklusiven Gesellschaft zu setzen. Hierbei ist es erstrebenswert, dass Menschen jeden Alters in dieser Gesellschaft gleichberechtigt zusammenleben und gemeinsam Verantwortung übernehmen – und auch übernehmen können: für sich, füreinander und für die Gesellschaft. Die dafür nötigen individuellen Voraussetzungen gilt es zu schaffen und die geeigneten Unterstützungssysteme bereitzustellen.

Die Weichen für ein selbstbestimmtes Zusammenleben werden schon in der Jugend gestellt. Eine gute Bildung schafft die Voraussetzung für Selbstbewusstsein und Flexibilität für den Umgang mit neuen Situationen in allen Lebensaltern. Sie öffnet aber auch den Zugang für ein Berufsleben, das schon für die Zeit danach materielle Vorsorge trifft. Wenn dies jedoch aufgrund individueller Voraussetzungen nicht gelingt, dann ist es wichtig, dass die Gesellschaft durch Transfers dafür sorgt, dass es für ältere Menschen keine materiellen Schranken für ihre aktive Teilhabe und Partizipation am gesellschaftlichen Leben gibt. Aber auch hier ist Vorsorge besser als Nachsorge: Es muss gelingen, für alle Menschen „gute Arbeit“ mit einem auskömmlichen Einkommen im Berufsleben und einer daraus erwachsenden auskömmlichen Altersvor-

sorge zu schaffen. Das bedeutet, zum Beispiel, neue Modelle des flexiblen Übergangs und Einstiegs in die Rente zu entwickeln. Wer körperlich oder seelisch „ausgebrannt“ ist, sollte früher aufhören oder weniger arbeiten können. Wer länger arbeiten möchte und kann, soll dies dürfen. Außerdem ist eine ausreichende Rente auch für diejenigen – oftmals in erster Linie Frauen – zu schaffen, die aus Gründen schlechter Bezahlung im Beruf, Ausfallzeiten durch Kinderbetreuungszeiten, Familie oder Arbeitslosigkeit über nur geringe Rentenansprüche verfügen.

Partizipation ist nicht nur abhängig von Bildung und sozialem Status. Gesundheit und bei gesundheitlichen Einschränkungen angepasste Unterstützungssysteme sind dafür genauso wichtig. Deshalb müssen soziale Hilfen und pflegerische Angebote zur Verfügung gestellt werden, um trotz Beeinträchtigungen Teilhabe weiterhin möglich zu machen. Dazu gehören flexible Wohnformen genauso wie ambulante Pflegemaßnahmen, die Angebote des ÖPNV genauso wie Hilfen für die individuelle Mobilität.

Partizipation – ob nun gesellschaftliche oder politische – braucht auch Gelegenheiten. Deshalb müssen ältere Menschen zum Engagement einge-

laden und ermutigt werden. Weil Ältere Expertinnen und Experten in eigener Sache sind, bedarf es demokratisch legitimierter und gesetzlich abgesicherter Gremien für die Mitgestaltung des kommunalen Gemeinwesens. Diese Mitgestaltung darf nicht nur als „Beschäftigungstherapie“ verstanden werden, sondern als Chance für die Gestaltung der Gesellschaft durch diejenigen, die davon aus eigener Betroffenheit heraus am meisten verstehen.

Noch leben wir nicht in einer inklusiven Gesellschaft. Es gibt eine Fülle von sinnvollen Maßnahmen, mit denen der Leitgedanke einer inklusiven Gesellschaft realisiert werden kann. Noch bestimmen soziale Herkunft und ungleiche Rahmenbedingungen Bildungschancen und Berufsperspektiven und damit auch die gesundheitliche und materielle Situation bis ins hohe Alter. Die Gespräche mit älteren Expertinnen und Experten in eigener Sache, die daraus erwachsenden Leitgedanken und Handlungsempfehlungen bieten erste Erkenntnisse und wertvolle Anregungen. Sie sollen Mut machen für den Umbau unserer Gesellschaft. Sie alle orientieren sich an dem Leitbild einer inklusiven Gesellschaft und dem programmatischen Motto:



**ALTER
MACHT
ZUKUNFT!**

Die inklusive Gesellschaft grenzt keine Altersgruppe aus.

„Jetzt müssen auch mal die Jüngeren ran.“ Ein verhängnisvoller Satz, mit dem Jüngere die Älteren gern aus Mandaten und Gremien verdrängen – in den Seniorenbeirat, in die AG 60plus oder zu den „Grauen Panthers“, wo sie angeblich am besten aufgehoben sind und ihre eigenen Interessen vertreten können. Tatsächlich fühlen sich dadurch jedoch viele Ältere aufs politische Abstellgleis abgeschoben – und politisch ausgegrenzt. Sie sollen sich auf Themen wie Pflege, Gesundheit, Heime oder Altenhilfe beschränken, meistens gegen ihren Willen.

In einer inklusiven Gesellschaft leben Menschen in altersgemischten Gruppen zusammen und entwickeln ihre politischen Ziele gemeinsam. Das klappt nicht von allein. Denn es müssen einige Fragen geklärt werden: Verstehen wir unter Inklusion alle das Gleiche? Erkennen wir die Vorteile, wenn Ältere mitmachen? Wie muss sich Politik darauf einstellen? Halten die Regierenden mehr Partizipation der Älteren für nötig?

Vielen älteren Menschen geht es als Rentnerinnen und Rentner gut. Sie kommen finanziell klar, leben mietfrei, sind körperlich und geistig fit und stehen mitten im Leben. Muss für diese rüstige Generation überhaupt gesorgt werden? Wollen sie ihr sorgenfreies Altern ohne Störung genießen? Welche Themen interessieren diese Gruppe? Wie kann man die fitten Alten gewinnen, sich gesellschaftlich einzusetzen?

Bereits das Leben bis 60 oder 65 kann anstrengend sein: harte Arbeit, von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen, schwieriges soziales Umfeld, auseinanderbrechende Familien, Krankheit oder gesundheitliche Einschränkungen.

Wie sieht selbstbestimmtes Leben und Altern für diese Gruppe aus? Ist das Leben mit kleinem Einkommen und ohne Vermögen optimistisch und selbstbestimmt zu gestalten? Welche Unterstützung brauchen diese Menschen? Vertrauen sie auf die Politik? Können und wollen sie sich für sich und andere einsetzen? Wie kann solcher Einsatz aussehen?

In der Jugend haben viele mehr Demokratie gewagt; sie sind durch Bildung aufgestiegen und haben bei der Arbeit für mehr Rechte und Mitbestimmung gefochten. Sie haben autoritäre Strukturen verändert, politisch interessiert gelebt, sich an Frauen-, Friedens- oder Umwelt-Bewegungen beteiligt und Regierungen links der Mitte unterstützt.

**Rosen-Rasen-Reisen:
Steigt die Mittelschicht
im Ruhestand aus?**

**Zum Sterben zu viel –
zum Leben zu wenig:
Grundsicherung und
Sozialticket.**

**Gelernte DemokratInnen –
68er wollen sich einmischen.**

Welche Erwartungen hat diese Gruppe an die Politik? Was erwarten sie an Partizipationsmöglichkeiten? Gibt es Konzepte, die inhaltlich und strukturell die unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Altersentwürfe von Frauen und Männern berücksichtigen (Genderaspekt)? Bieten bestehende Strukturen wie kommunale Räte, Vereine, Verbände oder Parteien attraktive Bedingungen? Sind Verwaltungen offen und „demokratiefest“ genug, um neue Entwürfe mit den Betroffenen selbst zu entwickeln? Werden aus 68ern zwangsläufig Wutbürger? Gibt es neue Modelle einer Mitmachdemokratie, die Kompetenz, Erfahrung, Experiment, Lebensfreude und Engagement ansprechen?



**DEMOKRATIE
KENNT KEINEN
SCHAUKELSTUHL***

* Zitat Franz Müntefering, Mitglied des Deutschen Bundestages.

Das meinen Fachleute:

Partizipation? Glauben wir wirklich, dass Politik Partizipation will, außer bei Wahlen? **Marianne Fritzen**, langjährige Anti-AKW-Aktivistin, ist skeptisch. Dennoch will sie nicht die Hände in den Schoß legen. Denn den Alten komme als Leitbild für Jüngere eine besondere Verantwortung zu. Erforderlich sei der generationenübergreifende Blick. Jedes Alter habe seinen eigenen Zugang zu Politik und Lebensgestaltung.

Marianne Fritzen, bis vor einiger Zeit gewähltes Mitglied in der Kommunalpolitik, hat langjährige Erfahrungen. Sie habe PolitikerInnen zu oft als Prestige- und Postenjäger erlebt und sei betroffen von der Unkenntnis vieler MandatsträgerInnen, die komplexe Entscheidungen treffen müssen. Positiv sieht sie den Wandel in der Gesellschaft, der durch den Willen zur Gleichberechtigung voran getrieben werden könnte. Hier sei für Politik und Wirtschaft noch viel zu tun.

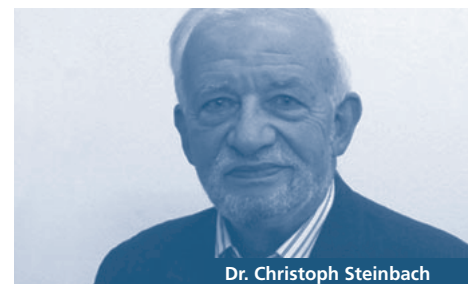
Politikverdrossenheit? Gerade deshalb ist sie seit vielen Jahren in der Bürgerbewegung aktiv. Als 84-jährige macht sie noch immer bei vielen Aktionen mit und leitet andere an, aktiv zu werden. Sie hält nichts von der Einteilung in Jung und Alt. „Das Alter ist eine ganz individuelle Angelegenheit“ – dem stimmt sie zu.

„Politik braucht Beratung durch SeniorenexpertInnen“, davon ist **Dr. Christoph Steinbach** überzeugt. Der Vorsitzende des Landesseniorenrats Niedersachsen e.V. plädiert daher für die Arbeit und den Ausbau der kommunalen Seniorenvertretungen, von denen es zur Zeit 170 in Niedersachsen gibt. Die Älteren müssten ihre Interessen selbst vorbringen, denn nicht jede Politikerin und jeder Politiker, selbst wenn sie oder er alt sei, kenne diese genau genug. Dieses Wissen könne man von ehrenamtlichen KommunalpolitikerInnen nicht erwarten, weil diese mit sehr vielen Themen zu tun hätten. Deshalb seien die Kompetenzen von SeniorenvertreterInnen unverzichtbar.

Steinbach verweist auf zahlreiche alte Menschen, die sich in der Gemeinde engagieren. Er warnt davor, Seniorenbeiräte als Spielwiese und Alibiveranstaltung anzusehen. Sie müssten konkrete Rechte wie Rederecht und Antragsrecht haben. Wichtig sei auch die Anerkennung der Arbeit durch Sitzungsgeld oder Aufwandsentschädigungen.



Marianne Fritzen



Dr. Christoph Steinbach



Horst Stenzel

Mehr Anerkennung für ehrenamtlich tätige Menschen im Ruhestand fordert auch **Horst Stenzel**, Gewerkschafter aus Lüchow-Dannenberg. Dazu gehöre aber nicht nur eine Aufwandsentschädigung oder eine ideelle Würdigung. Die Partizipation müsse stärker gesetzlich legitimiert werden, als Beispiel weist er auf das Seniorenmitwirkungsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern von 2010 hin. Diese „echte“ Mitwirkung müsse sich auf alle Themen erstrecken und dürfe sich nicht auf altersbezogene beschränken. Das könne diskriminierend wirken. **Horst Stenzel** sieht auch Blockaden bei Älteren für ein Engagement: Diese fühlen sich „noch nicht alt genug“, um als Expertinnen und Experten in Seniorenbelangen zu sprechen. Er beobachtet auch, wie Jüngere die ältere Generation aus Gremien und Aktionen herausdrängen. Er warnt vor zu vielen parallelen Gremien, um dort jeweils die Älteren zu isolieren. Auch unterschiedliche Anlaufstellen wie Seniorenbüros, Pflegestützpunkte und Mehrgenerationenhäuser führten zur Verzettelung.



Rudi Sproessel

„Eine würdevolle Lebenszeit im Alter bedarf der Achtung, Anerkennung und Einbeziehung in allen lebensnotwendigen Begebenheiten.“ Das fordert **Rudi Sproessel**, der seit vielen Jahren in der Anti-AKW-Bewegung aktiv ist. Er bezweifelt, dass PolitikerInnen die Belange der Menschen an der Basis kennen, da sie sich von ihrer Herkunft her zu weit von der Mehrheit entfernt haben. Viele der Älteren seien aus Verantwortungsbewusstsein ausdrücklich für die gesamte Gesellschaft aktiv, daher sei mehr Anerkennung für ihren Einsatz und die Übernahme von Aufwendungen im Ehrenamt erforderlich.

Das Fazit:

Die Fachleute sehen Handlungsbedarf in Politik und Gesellschaft. Ihre Forderungen: Wir brauchen eine neue Kultur, die ältere Menschen nicht aus den Gremien herausdrängt, sondern echte Partizipation ermöglicht und auch im Alter gesichert ist. Nur so können die Themen der Gesellschaft angemessen bearbeitet werden. Wer bereits in Parteien oder Gewerkschaften aktiv war, sollte auch für das Ehrenamt im Alter motiviert werden. Ideal ist es, wenn zusätzlich Neu-Interessierte gewonnen werden. Um das Ehrenamt zu fördern, hilft ein finanzieller Anreiz. Aber auch für Aus- und Weiterbildung sowie Mobilität muss gesorgt werden. Altersdiskriminierung und die Isolierung zwischen Generationen, Kulturen und Geschlechtern muss ein Ende haben. **Kurzum:**

**WIR
BRAUCHEN
INKLUSION!**

Das Leben vom Ende her denken

Fragen an Walter Hiller, niedersächsischer Sozialminister a.D.
Das Interview führte Remmer Hein

Frage: Joachim Fuchsberger veröffentlichte im Jahre 2010 ein Buch unter dem Titel „Altwerden ist nichts für Feiglinge“. Darin beschreibt er seine persönlichen Erfahrungen mit Alter und Altwerden. Was sind bisher Deine hervorstechenden Eindrücke in diesem Lebensabschnitt?

Hiller: Ich lese solche Bücher nicht, da sie mich nicht interessieren. Mich stört das Alter nicht, solange ich im Kopf und auf den Beinen beweglich bin. Die größte persönliche Sorge habe ich natürlich vor Krankheit und Demenz. Aber die Phase des Alters besteht nicht nur aus Pflege und Krankheit, sondern die meisten Menschen sind bis ins hohe Alter hinein relativ fit und gesund. Die moderne Medizin hat natürlich zwei Seiten: Sie sorgt für eine Verlängerung des Lebens, aber ebenso für eine Verlängerung der letzten Phase, in der wir auf Pflege und Betreuung angewiesen sind.

Frage: Kann oder muss man sich auf den Lebensabschnitt nach Ausscheiden aus dem aktiven Berufsleben vorbereiten?

Hiller: Wir verdrängen die letzte Phase des Lebens, weil wir irgendwann sterben müssen und davor Angst haben. Man muss sich aber früh genug mit der letzten Phase des Lebens beschäftigen, spätestens zwischen dem 40. und dem 50. Lebensjahr. Wenn man sich erst nach dem Berufsleben mit der Frage befasst, was man dann machen will, ist es zu spät. Man muss früh genug beginnen, sein Leben vom Ende her zu denken.



Frage: Was kann der einzelne Mensch tun, damit das Alter in erster Linie als Chance und nicht vorrangig als Fluch erlebt wird? Wie können Politik und Gesellschaft hierbei unterstützen?

Hiller: Die einzige Chance ist Bildung. Bildung ist derzeit aber viel zu sehr nur auf den Beruf ausgerichtet. Es mangelt an allgemeiner Lebensbildung. Auch Herzensbildung gehört dazu, das heißt, auch für andere Menschen da zu sein. Solche Themen müssten schon in der Schule vermittelt werden und es müssten Praktika Einblicke in solche Lebensphasen ermöglichen. Unser heutiger übersteigerter Individualismus hat auch einen enormen Egoismus hervorgebracht. Schon beginnend im Kindergartenalter werden die Menschen zu übertriebener Konkurrenz erzogen. Eine gewisse Konkurrenz im wirtschaftlichen Leben ist sicherlich notwendig, aber es ist sehr schlimm, wenn das gesamte Leben und Miteinander dadurch geprägt wird.



ÜBERGÄNGE...



I. Die Übergänge im Alter

Unsere Leitfragen:

Das Altern ist ein andauernder Prozess. Die Übergänge sind nicht immer fließend, sondern manchmal markant. Spürbare Ausprägungen sind: Von der Vollzeit-Beschäftigung zum Ruhestand; vom Vollerwerb zur Altersarmut; vom selbstbestimmten Leben zur Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit; vom engen Beziehungsgeflecht zum Alleinsein; von voller Mobilität zum eingeschränkten Leben. Passende Schlaglichter dazu sind „Mehr als nur Überleben“, „Alterswohlstand, finanzielle Absicherung und materielle Sorgenfreiheit im Kontrast zur Altersarmut“ und „Keine Angst vor dem Knick“.

„Wir brauchen euch noch, euren Rat, eure Erfahrung“ – in vielen Betrieben beschworen, allerdings nur in den Abschiedsreden in den Ruhestand. Für viele RentnerInnen klingen diese Aussagen hohl. Sie fühlen sich abgeschrieben und sind es auch. Obwohl erwiesen ist, dass Ältere den Betrieben und Organisationen mit ihren Kompetenzen helfen: Sobald sie in Rente sind, bleiben sie draußen.

Hobby statt Beruf – ein schweres Stück Umstellung, das viele nur schwer bewältigen. Für sinnvolle Arbeit im Ruhestand gibt es Modelle, zum Beispiel in der Ausbildung, bei ad hoc-Vertretungen, bei Mutterschutz und Elternzeit, in Beraterkreisen, in der Fortbildung, bei Arbeitsassistenzen und bei Rehabilitanden. Aber es bleiben Fragen: Gibt es auch hier ein Bildungs- und Ausbildungsgefälle? Wird die Altersteilzeit als „weicher“ Übergang genutzt? Sind Ehemaligen-Stammtische eine gute Sache? Sind Gewerkschaften und Berufsverbände auch noch für RentnerInnen da?

Für viele Menschen ist der erste Rentenbescheid eine böse Überraschung: Mit einer so schmalen Rente hatten sie nicht gerechnet. Immer voll gearbeitet, aber der Lohn war zu gering, um eine auskömmliche Rente aufzubauen. Längst nicht alle konnten Geld für eine Zusatzrente auf die Seite legen. Zwar stockt der Staat sehr kleine Renten auf, aber weit springen kann man damit nicht. Es fehlt das Geld für Urlaub, fürs Auto, für Kino, Theater oder Sport.

Müssen wir BezieherInnen kleiner Einkommen vor Renteneintritt besser beraten? Welche Perspektiven haben sie? Gibt es genügend Angebote, sich während des Berufslebens weiter zu qualifizieren, um bessere Verdienstmöglichkeiten zu erhalten? Finden ältere qualifizierte Frauen einen Arbeitsplatz, wenn die Kinder groß sind? Können wir älteren Menschen zumuten, neben der Rente Geld verdienen zu müssen?

Geselligkeit ist teuer. Sich im Alter einschränken zu müssen, bedeutet für manche Menschen den Rückzug in die Wohnung. Besser geht es denen, die auf Kontakte, soziale Netze und einen guten Familien- und Freundeskreis bauen können. Wie können wir die Menschen anregen, soziale Netze frühzeitig aufzubauen? Erreichen Kommunen und Verbände mit ihrer „Seniorenarbeit“ ältere Menschen, die

**Aus den Augen,
aus dem Sinn.
Bis zur nächsten
Weihnachtsfeier!**

**Ein Leben lang
gearbeitet – trotzdem
reicht die Rente kaum.**

**Gemeinsam einsam –
Gemeinschaft ist oft
teuer.**

**Keinem zur Last
fallen – Rückzug
ins Altenheim.**

nur wenige Kontakte hatten? Welche Rolle kann das Internet spielen? Berücksichtigt der Öffentliche Personennahverkehr die Bedürfnisse von Älteren ohne Auto?

Die Kinder sind aus dem Haus – der Partner ist gestorben. Einsamkeit prägt das Leben allein lebender Alten, meistens sind dies Frauen. Die Kinder wohnen oft weit entfernt. Auch wenn die Rente reicht, ziehen sich viele Ältere zurück. Sie wollen keinem zur Last fallen.

Wie erreichen wir die Alleinlebenden? Hilft es, wenn wir sie zu Hause besuchen und dort motivieren, mit ihren Fähigkeiten unter Leute zu gehen? Lässt sich Engagement auch im hohen Alter noch lernen?

**Lange ohne Hilfe –
und ohne Vorsorge
für später.**

Viele ältere Menschen sind noch lange Jahre fit. Krankheiten und Gebrechen setzen spät ein. Oft fällt es dann schwer, Hilfe anzunehmen: „Solange ich noch alles allein kann, kommen mir fremde Menschen nicht ins Haus.“

Der Gedanke an Pflege oder gar Heime macht Angst. So lange wie irgend möglich helfen Angehörige. Wenn es aber ernst wird, haben sie keine präzisen Vorstellungen, wie teuer Pflege wirklich ist.

Wie müssen wir Unterstützungsangebote verändern, um Selbstbestimmung und Würde bis zum Tod zu erhalten? Werden ältere Menschen und ihre Angehörigen rechtzeitig über Pflegemöglichkeiten informiert? Gibt es überall Servicestellen, die Beratung, Angebote und Unterstützung bündeln? Gibt es Unterstützungsangebote, die ein selbstbestimmtes Leben außerhalb von Heimen auch für schwer Pflegebedürftige möglich machen?



Keine Angst vor dem Knick – Übergänge gestalten.

Das meinen Fachleute:

Die Übergänge im Alter waren Diskussionsthema einer fünfköpfigen Gruppe. **Birgit Wolff** von der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V. verweist auf neue Erkenntnisse der Alters- und Gesundheitsforschung: „Das Altern findet sehr unterschiedlich und bunt statt.“ Es gibt mehrere Phasen des Alterns, die auch mit unterschiedlichen Lebensstilen zusammenhängen. Viele gestalten das Alter aktiv. Sie probieren neue Lebensformen aus oder führen bisherige Gewohnheiten mit mehr Muße fort. Jedenfalls sind viele, die bei Beginn des Ruhestands noch 20 bis 25 Jahre erwarten können, mit ihrem Leben sehr zufrieden².

Andere wiederum sind unsicher oder haben sogar Angst vor dem „Altersloch“. Das führt mitunter zu Depressionen und/oder gar zum Selbstmord. Jedenfalls ist die Selbstmordrate bei alten Menschen am höchsten. **Birgit Wolff** warnt: „Es werden viel zu oft die drohenden Defizite älterer Menschen an die Wand gemalt. Damit geraten die viel wichtigeren Potenziale häufig in den Hintergrund.“ Die Angst vor Pflegebedürftigkeit, Demenz, Abhängigkeit und Immobilität verhindere oft, sich selbst damit auseinanderzusetzen, wie man am besten mit wachsender Abhängigkeit zurecht kommt.

Wolff plädiert dafür, besser und verständlicher zu beraten. Häufig verstehen Betroffene und Angehörige die Leistungsangebote und -ansprüche nicht und vermeiden deshalb Anträge an die Pflegeversicherung. Das Bewusstsein über den Anspruch auf gesetzliche Leistungen müsse verstärkt werden. Nützlich sei es, Ältere schon früh in Bildungsangeboten mit dem Altsein vertraut zu machen. Themen sind Gesundheitsförderung im Alter, unterstützende Technik, Internet, gesellschaftliche Teilhabe, Sterben und Tod.

Nachweislich gelingt der Übergang in die Altersphase am besten in einem sozialen Netzwerk und in Partnerschaften, Familie oder Freundeskreisen. Auch gegenseitige Hilfe unter Altersgenossinnen und -genossen ist wertvoll. Die Kommunen müssten solche wohnortnahen Sozialnetze aufbauen und pflegen. Die Vorschläge von **Birgit Wolf**: „Flächendeckende Versorgung mit Beratungsangeboten, vernetzte, koordinierte Beratung und Vermittlungswege, psychosoziale, gerontopsychiatrische Beratungsangebote und Demenzbeauftragte“.

So könne eine Aktion „demenzfreundliche Kommune“ das Sozialleben, gerade auch auf dem Lande, inklusiv gestalten. Entscheidend sei, dass für Menschen mit zunehmenden Einschränkungen die Selbstbestimmung und Würde selbstverständlich bleibe.

Die Forschung zeige, dass ein längeres Leben ein Gewinn an gesunder Zeit sei, in der Selbstbestimmung, Mobilität und Partizipation gelebt werden könnten.



Birgit Wolff

2 Siehe unter Statistiken Seite 52: Tabelle 1.



Otto Stender

Aber Partizipation ohne Bildung? „Undenkbar“, sagt **Otto Stender**, engagierter Buchhändler aus Hannover. Er sieht bei Menschen mit geringen Renten, die oft einsam leben, ein Versäumnis aus früheren Zeiten. Tatsächlich ist statistisch nachweisbar, dass Einschränkungen bei Renten, Gesundheit, sozialen Kontakten und Lebensgefühl vor allem für alte Menschen mit geringer Bildung zutreffen. Dies habe damit zu tun, dass diese Menschen spät das Lesen gelernt haben. Wer in der Grundschule nicht richtig lesen lerne, dem falle das Lernen insgesamt schwer, er werde in der Schule abgehängt und sei auch später nicht mehr in der Lage, Lernstoff nachzuholen und qualifizierte Schul- und Berufsabschlüsse zu erreichen³.

Stender zog aus dieser Erkenntnis als Rentner eine Konsequenz: Er gründete den Verein „Mentor e.V.“ und motiviert ältere Menschen, sich ehrenamtlich um Grundschulkindern zu kümmern und ihnen vorzulesen. Vorlesen sei der Schlüssel zum selbst Lesen und zu anderen Kulturtechniken. Aber auch die Zuwendung, die Kinder durch ihre MentorInnen erhalten, sei wichtig. Die betreuten Kinder kommen meist aus Familien, in denen nie gelesen wird, die oft nicht einmal ein Buch im Haus haben. Für sie sei die Kooperation zwischen GrundschullehrerInnen und ehrenamtlichen VorleserInnen ein Segen, oft die letzte Chance, bevor sie ohne



3 Siehe unter Statistiken Seite 52: Tabelle 2.

ausreichende Lesefähigkeit im Unterricht nicht mitkommen. „Wir brauchen daher noch viel mehr Vorleser,“ wirbt **Stender**, bei dessen Projekt im Raum Hannover inzwischen mehr als 1400 MentorInnen mitmachen, meist Rentnerinnen. Auch bundesweit macht die Vorleseaktion Schule: In mehr als 2000 Kommunen gibt es ähnliche Projekte. Um solche außerschulischen Hilfen überflüssig zu machen, sei eine bessere Bildungspolitik nötig. Aber hier ist er pessimistisch. Abschließend **Stenders** Tipp für ältere Menschen, die nicht mehr so mobil sind: „Man kann sich mit einem Buch so schön in ferne Länder träumen.“

Nur gute Arbeit sorgt für gutes Altern.

Selbstbestimmung und Partizipation ist das zentrale Thema der anschließenden Diskussion. **Karl Ravens**, einst Landtags- und Bundestagsabgeordneter und Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, weist auf den grundlegenden Wechsel von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung in der Sozialgesetzgebung der letzten Jahre hin. Dieses Versprechen müsse jedoch konsequent eingelöst werden.

Birgit Wolff betont, dass Selbstbestimmung auch bei hoher Pflegebedürftigkeit gesichert sein müsse. Die Gruppe der über 80-Jährigen wachse und sei keine Randgruppe mehr. Deshalb komme es darauf an, das Thema „Alter“ positiv zu besetzen und sich an den Potenzialen der älter werdenden Menschen zu orientieren.

Horst Stenzel kritisiert den Sozialabbau der vergangenen Jahre, der ältere Menschen finanziell und sozial ins Abseits stelle: „Nur gute Arbeit sorgt für gutes Altern.“ Wer keine Chance auf „gute Arbeit“ habe, sei als RentnerInnen auf Sozialleistungen angewiesen, die aber oft aus Scham nicht in Anspruch genommen werden. Die verdeckte Armut sei daher viel höher, als offizielle Rentenstatistiken zeigten⁴.

Monika Gotzes-Karrasch, Stadträtin der Stadt Langenhagen und Dezernentin für Soziales, Jugend, Sport, Bildung und Kultur, hält ebenfalls auskömmlichen Lohn für entscheidend. Die Möglichkeit, Schritt für Schritt über Altersteilzeit weniger zu arbeiten, werde aber nicht häufig genutzt, um den Rentenknick zu vermeiden. Mehr gefragt sei das Blockmodell. Möglicherweise seien die Arbeitsplätze den flexiblen Modellen nicht ausreichend angepasst.



Karl Ravens



Monika Gotzes-Karrasch

4 Siehe unter Statistiken Seite 53: Tabelle 3 und 4.

Es ist noch nicht alles Sonnenschein

Mechthild Schramme-Haack, Vorsitzende des Landesfrauenrats Niedersachsen
Das Interview führte Erika Huxhold



Selbstbestimmt das Alter gestalten: Kennen wir die Erwartungen von Frauen?

Im Landesfrauenrat Niedersachsen engagieren sich viele ältere Frauen. Oft stehen sie kurz vor dem Ausscheiden aus dem Beruf oder auch direkt im Anschluss an die Erwerbsphase. Es gibt aber keine Daten über das Alter der Funktionsträgerinnen in unseren Verbänden, das lässt sich eher vom Augenschein her annehmen.

Mir scheint, dass die gut ausgebildeten Frauen, gerade die der 68er-Generation, die in ihrem Leben langfristig beruflich und politisch engagiert gewesen sind, sehr wohl Verantwortung in traditionellen Verbänden übernehmen. Die Mitglieder der unterschiedlichen Verbände repräsentieren aber auch unterschiedliche Bildungsschichten. So können Verbände wie der Sozialverband Deutschlands oder die AWO in Gruppenangeboten Frauen an sich binden, die keine höheren Bildungsabschlüsse haben. Auch die großen Landfrauenverbände können auf dem Lande Frauen zusammenführen, die nicht lange im Beruf waren.

Wir gehen davon aus, dass Mitgliedschaften in den großen traditionellen Frauenverbänden weiterhin stark vom Zugehörigkeits- und Geselligkeitsstreben geprägt sind.

Partizipation: Sind die bisherigen Selbstbestimmungsmöglichkeiten für Frauen zugänglich, ausreichend und attraktiv?

Nein, sie sind nicht attraktiv genug, weil sie nicht hinreichend auf Frauen ausgerichtet sind. Häufig sind sie zwar zugänglich konzipiert, dies wird jedoch nicht von allen Frauen so wahrgenommen. Wenn man die Parteien anschaut, so sprechen die Mitgliedszahlen bei der Geschlechterverteilung eine deutliche Sprache. Wir wollen doch schon seit Jahrzehnten den Anteil der Frauen an den Mandaten erhöhen. Offensichtlich sind immer noch keine attraktiven Rahmenbedingungen vorhanden, um mehr Frauen vor allem auch länger in den Mandaten halten zu können. Frauen sehen bessere Möglichkeiten, in speziellen Frauenverbänden mitzumachen.

Viel Arbeit – kleine Rente: Hindert ein geringes Einkommen Frauen an der Partizipation in der Gesellschaft?

Frauen empfinden subjektiv Barrieren und verhalten sich entsprechend. Sie nehmen weniger öffentliche und offene Veranstaltungsangebote wahr, wenn ihre finanziellen Möglichkeiten begrenzt sind.

In Städten gibt es eine Tradition von kommunalen Angeboten, in Hannover zum Beispiel vom Kommunalen Sozialdienst, die Menschen mit niedrigem Einkommen offenstehen. Diese werden vorrangig von Frauen genutzt. Auf dem Lan-

de haben die großen traditionellen Verbände, aber auch die Kirchen mit niedrigschwelligen Angeboten eine Vorrangstellung. Hier gibt es ein großes Engagement, Frauen mit kleinen Einkommen einzubinden. Es zeigt sich aber, dass die Teilnahme an Angeboten stark mit den Bildungsabschlüssen der Teilnehmerinnen zusammen hängt oder sich mit der Selbstwahrnehmung hinsichtlich der Familienpflichten bricht.

Freizeit und Engagement: Übernehmen ältere Frauen überwiegend soziale Pflicht-Aufgaben oder genießen sie die Freizeitmöglichkeiten des Ruhestands? Wird der Familienverband als Stütze empfunden oder belasten die Familienpflichten?

Wir haben einen größeren Anteil von Frauen mit höherer Bildung ohne Familien- und Erziehungspflichten, die Freizeitangebote für Senioren in Anspruch nehmen. Sie nutzen vor allem die Gesundheitsangebote. Viele Aktivitäten sind allerdings eher auf einen persönlichen Benefit hin orientiert und auf Geselligkeit ohne politische Dimension.

In den Sportverbänden werden die sozialen Aufgaben überwiegend und gern von Frauen übernommen. Jüngere Frauen scheinen sich inzwischen aber ein Stück abzugrenzen und sich nach Ämtern und Aufgaben mit Verantwortung und Steuerung zu orientieren. Hier stehen mir die Sportverbände vor Augen, die durch Mentoring-Programme und Coachings für Frauen die Weichen in Richtung Führungsaufgaben stellen wollen.

Nach wie vor gilt jedoch, dass alle Frauen, die sich außerhäuslich engagieren oder auch Verantwortung übernehmen, sich zu Hause wegen der Aufgabenverteilung durchsetzen müssen. Part-

nerschaftliche Aufgabenteilung scheint noch ein langer und weiter Weg zu sein. Frauen sind in dieser Auseinandersetzung sehr unterschiedlich offensiv, mutig und erfolgreich. Es gibt selbst in jüngeren Partnerschaften noch patriarchale Tendenzen und Einengungen – auch in bildungsnahen Schichten und materiell gut gestellten Familien. Also ist das Einbinden in traditionelle Rollenvorstellungen bei Weitem nicht überwunden. Wir beobachten aber mit Freude, dass mehr junge Väter Fürsorge von Kindern in der Kleinkindphase übernehmen.

Lebenslanges Lernen: Gibt es Interesse bei älteren Frauen auf Fortbildung, wenn ja, in welchen Bereichen? Sind niedrigschwellige Angebote vorhanden und werden sie genutzt?

Es gibt bei älteren Frauen, die einen verantwortungsvolleren Beruf hatten, ein großes Interesse, auch weiterhin geistig gefordert und tätig zu sein. Das beweisen die vielen Frauen bei den Fortbildungsangeboten der Volkshochschulen und anderer Bildungsträger, aber auch der Verbände. Gefragt sind anspruchsvolle Inhalte und Bildungsreisen. Das wird noch zunehmen, insbesondere wegen der demografischen Entwicklung und der Erwartung von Frauen, noch sehr viele aktive Jahre in guter Gesundheit nach dem Renteneintritt erleben zu können.

Niedrigschwellige Angebote gibt es bei Verbänden, die noch einen hohen Rekrutierungsgrad haben, insbesondere auf dem Lande, wo bei Zusammenkünften auch Inhalte mit Bildungscharakter angeboten werden. Sie werden auch genutzt. In den Dörfern helfen die noch vorhandenen Verbands-Strukturen. In anonymen Städten sind die Zugangshürden höher. Aber: Stadt und Land können auch voreinander lernen.



LEBEN MITTENDRIN!



II. Inklusiver Sozialraum ist Leben mittendrin

Unsere Leitfragen:

Die meisten älteren Menschen möchten in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Sie wollen nahe bei Freunden wohnen, die bekannten Einkaufs- und Freizeiteinrichtungen nutzen und selbstbestimmt wohnen.

Doch was verändert sich beim Wohnen, wenn die Rente zu knapp wird? Ist eigenständiges Wohnen bei Krankheit oder Behinderung weiterhin möglich? Richten sich neue Wohnformen, Wohngruppen oder Quartiersprojekte, die auf gebrechliche Menschen Rücksicht nehmen, nur an die Mittelschicht? Hat der soziale Wohnungsbau ausreichend Geld und Konzepte für bezahlbare und barrierefreie Wohnungen?

Der inklusive Sozialraum erscheint als ein vielversprechendes Konzept: Unterschiedliche Menschen jeglichen Alters und Interessen leben in einem Wohnumfeld. Insbesondere für Alte, Familien oder Menschen mit Behinderungen ist der inklusive Sozialraum gut vorstellbar. Wie verbreitet sind solche Konzepte? Sind Kommunalpolitik und Verwaltungen fit dafür? Werden die dort lebenden Menschen beteiligt? Werden die Stärken älterer Menschen genutzt, die „gut“ für den Sozialraum sind? Kann der Genossenschaftsgedanke für Sozialraumprojekte weiterhelfen?

„Das Leben auf dem Lande ist ja so gesund.“ Der Liedtext von Ulrich Roski klingt für viele junge Familien irgendwann wie Ironie. Sie sind wegen bezahlbarer Immobilienpreise aufs Land gezogen. Nun sind die Kinder weg. Das Haus soll verkauft werden, bringt aber oft nicht den Preis, der erwartet wird. Aber auch für die Renovierung fehlt das Geld. Vergreisung der Dörfer ist die Folge, viele Alte müssen ungewollt auf dem Lande wohnen bleiben, weit weg von den Kindern. Sie sind nicht mehr so mobil wie früher, Busse fahren zu selten.

Ist deshalb der inklusive Sozialraum nur in der Stadt möglich? Oder sind gerade die ländlichen Vorteile wie Vereinsleben, Nachbarschaftshilfe oder „Jeder kennt jeden“ gute Voraussetzungen? Gibt es erfolgreiche Programme auf dem Land? Sind die sozialen Hilfen dort besonders ausgeprägt?

Was Fachleute zum inklusiven Wohnraum sagen.

Diese Fragen zum inklusiven Wohnraum beschäftigten eine Expertenrunde. **Karl Ravens**, als früherer Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vom Fach, erinnert daran, dass Wohnungen zuerst Sozialgut und nachrangig Wirtschaftsgut sind. Auch wenn fast die Hälfte der Bevölkerung in eigenen vier Wänden lebe und nur ein Viertel in öffentlich geförderten Wohnungen, bleibe der Wohnungsbau eine wichtige öffentliche Aufgabe, auch des Bundes. Weil der soziale Wohnungsbau auf die Länder verlagert worden sei, gehe die Gesamtsicht auf die

**Gewohnte Umgebung.
Aber oft nicht für immer.**

**Konzept verspricht
viel. Vom Traum zur
Wirklichkeit.**

**Erst aufs Land.
Und dann wird das
Haus leer.**

Wohnungsbauförderung verloren, wie sie sich im Programm „Soziale Stadt“⁵ mit dem integrierten Ansatz einer umfassenden Quartiersentwicklung erwiesen habe.

Ravens kritisiert, dass die öffentliche Wohnungsbauförderung in Niedersachsen praktisch keine Rolle mehr spielt, obwohl sie angesichts des demografischen Wandels dringend erforderlich sei. Wohnungen müssen barrierefrei, aber auch bezahlbar sein. Bei Modernisierungen könne man den Wohnstandard moderat verbessern, bei Neubauten seien höhere Auflagen zur Barrierefreiheit festzulegen. Mit wirksamen finanziellen Anreizen sei auch der private Wohnungsbau einzubeziehen. Wichtig sei ein Wohnumfeld mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen.

Besonders die Dörfer seien jedoch mit Läden, Behörden und Busverbindungen unterversorgt. Dabei gebe es gute Beispiele, wie Post- und Busdienste kombiniert werden können, wie Behörden Außenstellen schaffen oder wie Genossenschaften Einkaufsmöglichkeiten organisieren. „Für solche Projekte brauchen wir eine Veränderung in den Köpfen“, sagt Ravens. Nicht Altenwohnungsbau sei das Ziel, sondern eine alterssensible Stadt oder Gemeinde. Wenn klar werde, dass dieses Konzept allen Generationen zugute komme, könne es auch gelingen, dafür Verbündete zu gewinnen. „Politik für alte Menschen ist umso besser, je mehr sie in die allgemeine Politik integriert ist“, lautet sein Plädoyer.



Bernd Meyer

„Die Wohnungsbaugenossenschaften haben die Zeichen der Zeit erkannt“, sagt **Bernd Meyer**, Vorsitzender des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Niedersachsen und Bremen (vdw). Er erläutert die Antworten der Wohnungswirtschaft auf den demografischen Wandel. Senioren seien absehbar die einzige wachsende Kundengruppe. Daher sei es wirtschaftlich sinnvoll, nicht nur bezahlbaren Wohnraum, sondern auch die erforderlichen Dienstleistungen bereit zu halten. Eine umfassende Barrierefreiheit sei für ein langes selbstständiges Leben das A und O. Die Genossenschaften schaffen deshalb barrierefreie Wohnungen mit Fahrstühlen, Automatikturen oder bodengleichen Duschen. Hinzu kommen nachbarschaftliche Angebote, aber vor allem zahlreiche Angebote zur Haushalts- und Lebensführung. Neue Formen des Wohnens haben sich etabliert, so das gemeinschaftliche Wohnen in Mehrgenerationensiedlungen oder -häusern, Wohngemeinschaften oder das Betreute Wohnen.

„Wohnen muss mit Dienstleistungen verbunden werden“, sagt **Meyer**. Das Niedersächsische Heimgesetz baue jedoch vor Wohnungsgenossenschaften hohe gesetzliche Hürden auf, wenn Wohnraum und ambulante Leistungen kombiniert angeboten werden. Dabei entstehen viel Bürokratie und Mehrkosten. Schwierigkeiten sieht er in Niedersachsen auch bei der Wohnraumförderung. Bald werde es auf dem Lande sterbende Orte geben, aber die Politik setze keine Schwerpunkte in der Raumordnung. Das mache zielgenaue Investitionen schwierig. Zudem werden Bundesmittel oft nicht angefordert, wenn Kommunen die erforderlichen Eigenmittel fehlen. Hier müsse das Land in die Bresche springen.

Der Sozialdezernent der Stadt Bielefeld, **Tim Kähler**, skizziert, wie die Sozial- und Finanzverwaltung auf passende und wirtschaftliche Angebote von Sozialwohnungen

 5 Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ wurde im Jahr 1999 unter SPD-geführter Bundesregierung gestartet. Gemäß Beschluss des Bundestages zum Bundeshaushalt 2011 unter CDU/CSU/FDP – Koalitionsregierung wurden die Modellvorhaben im Rahmen der Sozialen Stadt gestrichen. Letztmalig konnten Modellvorhaben im Programmjahr 2010 gefördert werden.

umgesteuert wurde. „Wir fragten uns: Wird das Geld im Sozialetat sinnvoll ausgegeben? Können wir Mittel aus der Nachsorge in die Prävention umschichten?“ Gleichzeitig stand die Verwaltung vor der Aufgabe, den steigenden Sozialetat durch mehr Effizienz abzufangen. Ein jährlich aktualisierter Lebenslagenbericht sei die Grundlage für die neue Sozial- und Finanzplanung. Ziel sei, selbstbestimmtes Wohnen mit Versorgungssicherheit, aber ohne Versorgungspauschale zu ermöglichen. Ausgangspunkt sei immer der Mensch, der die meiste Hilfe brauche. Der Erfolg gibt **Kähler** Recht: Das konsequent umgesetzte Wunsch- und Wahlrecht für alle Menschen mit Unterstützungsbedarf sei wesentlicher Bestandteil des Konzepts „Seniorenfreundliches Bielefeld“. Die Träger garantieren eine Versorgungssicherheit rund um die Uhr für MieterInnen und das Wohnumfeld, ohne dass eine Betreuungspauschale anfällt. Seit 1993 habe es keine Zunahmen mehr im stationären Bereich gegeben, dieser Markt sei – auch weil das Landesgesetz „ambulant geht vor stationär“ vorschreibt – praktisch kaputt. Man könne nachweisen, dass stationäre Unterbringung teurer sei als ambulante Wohn- und Pflegeformen. Nach zwei Jahresdritteln sei man nach Abzug der Personalkosten eine Million Euro unter den Vorgaben geblieben.

Ohne Kommunikation und Pragmatismus der Akteure sei aber das Bielefelder Modell nicht realisierbar gewesen: „Die Denke in den Verwaltungen muss sich ändern. Wir müssen mehr miteinander telefonieren und weniger Briefe schreiben“, sagt **Kähler**. Wichtig sei auch, vorhandene Strukturen zu vernetzen. Freiwilligeninitiativen und Nachbarschaftshilfen könnten quartiersbezogen agieren, hierin liege ein großer Vorteil. **Kählers Fazit:** „Wo Bürgerinitiativen entstehen, haben Verantwortliche offensichtlich die Themen übersehen. Wir müssen uns auch trauen, innovativ zu sein!“

Ingrid Ehrhardt, Geschäftsführerin des Freiwilligenzentrums Hannover, plädiert für Freiwilligenarbeit und Ehrenamt. Viele Menschen seien bereit für ein Ehrenamt. Das könne man für Konzepte des selbstbestimmten Wohnens von älteren Menschen nutzen. Es gebe viele höchst tatkräftige Menschen, denn 75 Prozent der Personen, die über das Freiwilligenzentrum vermittelt würden, gehen noch zur Arbeit. Im Übrigen wiesen amerikanische Studien nach, dass Ehrenamtliche länger und besser leben und auch gesünder sind.

Prof. Dr. Christiane Dienel, Präsidentin der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim gibt zu bedenken, dass ehrenamtlich Tätige nicht automatisch zur Verfügung stehen. Die Bereitschaft zum Ehrenamt nehme insgesamt ab. Es komme deshalb darauf an, die Übergänge zwischen Beruf und Ehrenamt fließender zu gestalten und das Verhältnis zwischen professioneller und ehrenamtlicher Tätigkeit neu zu bestimmen. So könnte in der gesundheitlichen Versorgung gerade auf dem Lande vorbeugende Beratung entstehen, die den Arzt ersparen und Kosten senken. Für viele, gerade besser gebildete Menschen gehöre aber ehrenamtliches Engagement durchaus zu einem sinnvollen Leben. Diese Motivation müsse man erhalten. Einerseits genieße man bei ehrenamtlicher Tätigkeit mehr Freiheiten und Flexibilität, andererseits benötigten die NutznießerInnen auch Sicherheit, Qualität und Stabilität im Einsatz. Häufige Berichtspflichten und Bürokratie empfinden freiwillig Tätige jedoch oft als Kontrolle. Hier sei weniger mehr, um nicht abschreckend zu wirken und den Ehrenamtlichen die Lust zu rauben. Dienel empfiehlt, im Niedersächsischen Heimgesetz die Schnittstellen von professioneller und ehrenamtlicher Arbeit zu bestimmen und zu prüfen, wie Ehrenamtliche besser in Einrichtungen eingesetzt werden können.



Tim Kähler



Ingrid Ehrhardt



Prof. Dr. Christiane Dienel

Freiwilligenarbeit – kein Lückenbüßer Konzept für Freiwilligenarbeit Niedersachsen

Bürgerschaftliches Engagement ist kein Lückenbüßer des Sozialstaats, sondern eine eigenständige gesellschaftliche Kraft, deren Chancen mit dem zunehmenden Anteil „junger Alter“ wachsen. Nur durch den richtigen Mix aus öffentlicher und privater Verantwortung kann ein deutliches Mehr an Lebensqualität für Menschen mit Hilfebedarf entstehen und die ehrenamtliche Betätigung auch für die Helfer Sinn stiften. In solchen Arrangements spielt dann neben der konkreten Hilfeleistung immer auch die anwaltschaftliche Funktion eine zentrale Rolle. Einzutreten für die Rechte, oftmals der Menschen- und Bürgerrechte von verletzlichen Gruppen, wie die Hochbetagten und Pflegebedürftigen, ist etwas, was engagierte Laien besser können als professionelle DienstleisterInnen.

Sinn entsteht nicht, indem das Engagement der Erwerbsarbeit immer mehr angenähert wird – durch Ausbildung, Bezahlung, Versicherung, Verbindlichkeit –, sondern aus der freiwilligen Selbstverpflichtung mit geeigneten Rahmenbedingungen.

Ein neues Konzept für Freiwilligenarbeit Niedersachsen kann diese Rahmenbedingungen schrittweise schaffen. Dazu gehört:

- Ermöglichung der Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung, die die Weitergabe von angesammeltem Expertenwissen ermöglicht und längeres Arbeiten auf freiwilliger Basis belohnt. Das Land mit seinen Beschäftigten kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen.
- Einführung eines Systems der steuerbegünstigten Aufwandsentschädigungen für EhrenamtlerInnen, z.B. in Analogie zu den Übungsleiterpauschalen im Sport.
- Aktive Erweiterung des Angebots an ehrenamtlichen Tätigkeiten. Von den herkömmlichen Handlungsfeldern des Ehrenamts – soziale Dienste, Sport, Rettungswesen, Feuerwehr, Kultur und kommunale Ämter – kann der Blick auch auf neue Aufgaben gehen: Arbeit und Wirtschaft, Schule und Stadtentwicklung, Patenprogramme, internationale Aktivitäten, Gesundheit und Selbsthilfe. Freiwilligenagenturen können als Akteure dieser Erweiterung der Tätigkeitsfelder wirken.
- Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer EhrenamtlerInnen: Wunsch nach Engagement für die Gesellschaft, Lebenssinn und Selbstverwirklichung, aber auch nach sozialem Status und gesellschaftlicher Anerkennung, nach attraktiven Rollen (auch im Ruhestand eine Visitenkarte haben) und zum Teil auch nach Zuverdienstmöglichkeiten.
- Spezifische Unterstützung für Ehrenamt im ländlichen Raum, insbesondere durch Mobilitätsunterstützung, z.B. bürgerschaftlich verantwortete Fahrdienste/Bürgertaxis. Denn bürgerschaftliches Engagement ist gerade in den ländlichen Räumen Niedersachsens einer der wichtigsten Haltefaktoren gegen Abwanderung.

„Freiwilligenarbeit – wer macht mit?“

Ingrid Ehrhardt, Freiwilligenzentrum Hannover
Das Interview führte Petra Wilke

1. Wer sind die „Freiwilligen“? Welche Altersgruppen, welche sozialen Milieus?

Freiwilligenarbeit ist im Aufwind. Und der kommt gerade recht, denn eine Zukunft ohne ein starkes, verlässliches und motiviertes freiwilliges Engagement ist kaum vorstellbar.

Im Freiwilligenzentrum Hannover steigt die Zahl der Engagierten jährlich an. Und auch der regelmäßig erhobene Freiwilligenurvey bestätigt diese Entwicklung auf Bundesebene.

Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren, gehören doch einer gesellschaftlichen Gruppe an, die gut ausgebildet und integriert und wesentlich jünger ist, als man sich das allgemein vorstellt.

Die folgenden Daten sind im Freiwilligenzentrum Hannover erhoben worden und ganz aktuell aus 2011. Sie setzen aber einen jahrelangen hannoverschen Trend fort.

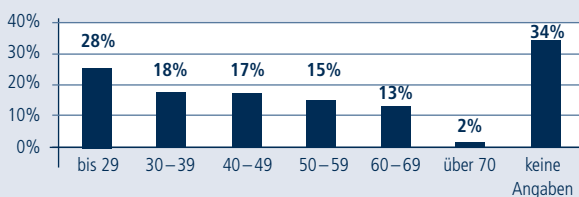
Sie sind in den letzten acht Jahren konstant. Dagegen kommt die bundesweite Infrateststudie zum Ergebnis, dass sich in der Altersgruppe ab 60 Jahren der Anteil der freiwillige Engagierten von 1999 mit 22 Prozent im Jahr 2009 auf 37 Prozent erhöht hat. Diese Zahlen spiegeln speziell die Niedersachsenauswertung wider.

2. Was bzw. wer spricht die zu gewinnenden Freiwilligen an? Oder ist es Selbstinitiative? Welche Themen und Interessen haben diese Freiwilligen?

Die Freiwilligenagenturen und Freiwilligenzentren in Deutschland sind vor rund 15 Jahren entstanden, zu einer Zeit, als ehrenamtliche Arbeit rückläufig war. Die bis dahin gültigen Strukturen, in denen das Nachwachsen in die Aufgaben auch durch Familienangehörige gelang, funktionier-



Alter der beratenden Freiwilligen



Bildungsstatus	Anteil (%)	Anzahl
Studium	35%	184
Abitur	24%	124
Realschule	20%	106
Hauptschule	7%	35
Berufsausbildung	2%	9
Förderschule / ohne Abschluss	1%	3
keine Angaben	36%	188

Erwerbsstatus	Anteil (%)	Anzahl
Vollzeit	18%	100
ohne Eigenerwerb	17%	95
Rente/Pension	14%	78
Teilzeit, geringfügig	13%	72
Erwerbsunfähig	2%	13
keine Angaben	53%	291

(Der hohe Anteil „keine Angaben“ resultiert an einem Selbstanmeldeverfahren, das wir 2011 erstmals angewandt haben)

ten nicht mehr. Damals wurde man gefragt oder wartete darauf, gefragt zu werden.

Die Idee der Freiwilligenagenturen war es, den Zugang zu ehrenamtlichen Aufgaben niedrigschwelliger zu gestalten. Das bedeutete und bedeutet noch, Ansprache der Öffentlichkeit mit einem breiten Spektrum an Engagementmöglichkeiten in einer unverbindlichen Beratungssituation. Beratung oder Empfehlung freiwilliger Tätigkeiten entlang der Interessen, Kenntnisse und Motivationen der potenziellen Freiwilligen.

Und schließlich war es auch an der Zeit, die Aufgaben für Freiwillige dem Stand der Zeit anzupassen. Freiwillige sind nicht mehr nur über Hilfstätigkeiten oder Vorstandsfunktionen zu gewinnen. Die Menschen möchten ihre Fähigkeiten einbringen, eingebunden sein in die Projekte, Zusammenhänge verstehen und vor allem den Sinn ihrer Arbeit fühlen.

Um die Bürgerinnen und Bürger, die ja zu mehr als einem Drittel bereits ehrenamtlich aktiv sind und zu einem weiteren Drittel ehrenamtlich aktiv werden wollen, zu einem Engagement anzuregen, sind immer wieder Impulse notwendig. Informationsveranstaltungen, Projektvorstellungen, Zeitungsartikel, Freiwilligenbörsen, auch Prominente, die sich engagieren, sind solche Im-

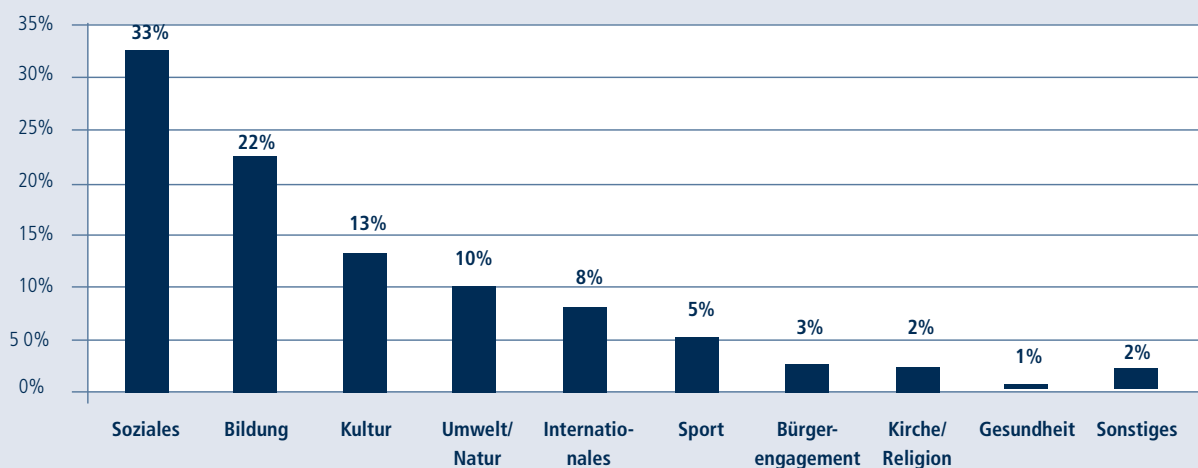
pulse. Das Freiwilligenzentrum Hannover wird 2012 erstmals „Projektpaten“ erproben. Die Filmregisseurin Franziska Stünkel wird Patin der Hausaufgabenhilfe und die Chefdirigentin der Staatsoper Hannover, Karen Kamensek, übernimmt die Patenschaft für ein neues Kulturprojekt und steht auch schon für die Freiwilligenbörse als Schirmfrau zur Verfügung.

Einen weiteren Impuls geben Freiwilligenagenturen mit Corporate Volunteering. An diesen Freiwilligentagen stellen Unternehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frei, die dann einen Tag lang in sozialen Einrichtungen, zum Beispiel mit alten Menschen, mit Menschen mit Handicaps, mit SchülerInnen oder MigrantInnen arbeiten. Viele dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lernen dabei Freiwilligenarbeit erstmals kennen.

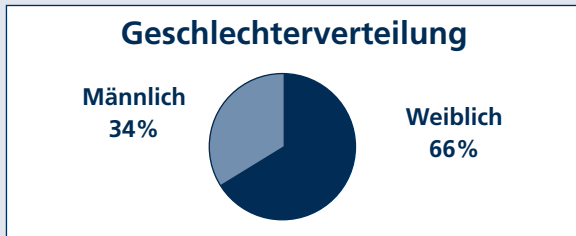
Die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements ist ein weiterer Impuls, der öffentliches Bewusstsein schafft. An der Leinestern-Verleihung des Freiwilligenzentrum Hannover beteiligen sich weit über 1.000 Leserinnen und Leser mit der Abgabe ihrer Stimme für die in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung portraitierten Freiwilligen.

Die Interessen der Freiwilligen waren im Jahr 2011, wie in der unten stehenden Grafik sichtbar, gelagert.

Interessen der Freiwilligen 2011



Die Geschlechterverteilung in den Freiwilligenagenturen ist sehr unterschiedlich. Hier die Zahlen aus Hannover:



Für die weiblichen Freiwilligen sind Soziales, Bildung und Kultur Bereiche, die für sie die zentrale Bedeutung des Zusammenlebens ausmachen.

3. Wieviel „Zeit“ bringen die Freiwilligen mit und sind sie auch bereit, Schwierigkeiten, Hindernisse und Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen und sich an Lösungen aktiv zu beteiligen? Wie lange bleiben sie aktiv im Engagement? Für die Dauer eines überschaubaren Projektes? Oder langfristig?

Aus Sicht der Freiwilligenagenturen betrachtet, engagieren sich die Freiwilligen am liebsten regelmäßig, so dass sie zu ihren Lebensbereichen Familie, Beruf, Freunde, Interessen gut passen. Das sind maximal vier Stunden wöchentlich.

Freiwillige mit mehr frei verfügbarer Zeit, zum Beispiel Arbeitslose oder Ruheständler, auch junge Leute zwischen Studienabschluss und Arbeitsaufnahme sind gern bereit, sich mit einer größeren Wochenstundenzahl zu engagieren. Dabei gehen die Vereinbarungen selten über einen längeren Zeitraum als ein Jahr hinaus. Man legt sich nicht so gern langfristig fest, was aber nicht bedeutet, dass das Engagement dann über viele Jahre im gleichen Projekt betrieben wird.

Die Zusammenarbeit mit Freiwilligen verlangt ein besonderes Feingefühl von den Hauptamtlichen. Wir dürfen niemals vergessen, dass sie ihre Zeit, ihr Können, ihre Begeisterung kostenlos in die Projekte einbringen. Jede Einrichtung hat

ihre Kultur und ihre Standards an Leistung, Auftritt und ihren Umgang miteinander und mit Außenstehenden. Die Freiwilligen müssen diese Standards und die jeweilige Kultur kennen, um sich anpassen zu können und auch, um zu entscheiden, ob diese auch ihren Standards und ihrer Umgangskultur entsprechen. Wie jede Zusammenarbeit kann auch die zwischen Freiwilligen und Hauptamtlichen nicht immer konfliktfrei sein. Auch hier kommt es wieder auf die „Unternehmenskultur“ an. Können Konflikte so angesprochen und ausgetragen werden, dass sie die Zusammenarbeit stärken oder weicht man lieber aus?

Zusammenfassend lässt sich feststellen, es gibt alle Varianten. Vielfach beenden Freiwillige ihre Tätigkeit, wenn Schwierigkeiten auftauchen. Freiwillige, die sich sehr stark mit ihrer Aufgabe und ihrem Projekt identifizieren, bleiben mitunter sogar dabei, wenn es große Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit gibt.

Andere Hindernisse sind oft struktureller Art: Einrichtungen, die zu wenig Platz, zu wenig Arbeitsmittel für ihre Freiwilligen haben, in denen die Aufgaben nicht klar definiert sind, werden ihre Ehrenamtlichen nicht lange an sich binden können. Das ist für viele kleine Projekte ein Dilemma. Ressourcenmangel verhindert dann die Entwicklung.

Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass die Mitarbeit von Freiwilligen ein ganz unverzichtbarer Bestandteil der eigenen Entwicklung war und ist. 1999 ist das Freiwilligenzentrum Hannover mit 1,5 Hauptamtlichenstellen gestartet. Im ersten Jahr hat eine Freiwillige die Startphase begleitet. Nach und nach kamen weitere Freiwillige dazu, mit ihnen war es möglich, Projekte ins Leben zu rufen, Veranstaltungen zu organisieren und vieles anderes. Das Freiwilligenzentrum gewann dadurch schnell an Präsenz und Überzeugungskraft. Heute arbeitet das Zentrum mit 5,5 Hauptamtlichenstellen, zwei Auszubildenden und 30 Freiwilligen. Ohne die Mitarbeit von Freiwilligen wäre das niemals möglich gewesen.

AUF AUGENHÖHE!



III. Alt und Jung auf Augenhöhe

Das muss sich ändern

Wir müssen umdenken. Nötig ist eine positive Sicht auf das Alter. Nur dann werden die Fähigkeiten älterer Menschen höher eingeschätzt. Nur dann wächst der Leitgedanke einer inklusiven Gesellschaft in den Köpfen: Wir achten Männer und Frauen, Behinderte und Nichtbehinderte, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Jung und Alt. Dieser Leitgedanke ist auch Maßstab des politischen Handelns. Unterschiedliche Lebensformen sind zu respektieren. Kultureller Reichtum und Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft zeigen sich besonders in dieser Vielfalt. Zu berücksichtigen sind die ungleichen Lebenslagen älterer und jüngerer Menschen, ihre finanzielle, soziale und gesundheitliche Situation.

Die Politik muss sich besser auf das Alter einstellen und beachten, dass Altern individuell verschieden verläuft. Es hängt ab von Gesundheit, Lebenserfahrungen, Einkommen, Einstellungen und sozialen Bezügen. Deshalb ist persönliche Beratung erforderlich. Fachleute müssen die Alten, wenn nötig, zu Hause besuchen und Beratung auch als Motivation verstehen.

Politik für SeniorInnen ist Querschnittspolitik. Die Verschiedenartigkeit der Menschen auch im Ruhestand zwingt dazu, das Alter als Prozess zu sehen, der eine wachsende Gruppe von Menschen umfasst. Wichtig: Ältere müssen an politischen Entscheidungen auf Augenhöhe teilnehmen können. Der Inklusionsgedanke ist schon in der Schule zu vermitteln. Jüngere, die „jetzt mal dran sind“, müssen das Zusammenwirken von Jung und Alt ermöglichen und wertschätzen.

Demografische Veränderungen und damit mehr ältere Menschen machen es zu einer dringlichen Aufgabe, deren Wohn- und Lebensumfeld zu verbessern. Mit neuen Modellen müssen die Kompetenzen und Erfahrungen der verschiedenen Generationen genutzt werden. Politisches und gesellschaftliches Engagement kann eine Quelle von Lebensfreude und sozialer Einbindung sein. Die Beteiligung älterer Menschen kann auf vorhandenen Gruppen wie Parteien, Gewerkschaften und Vereinen aufbauen, weil viele Menschen ihr bisheriges Engagement gern weiterführen wollen. Es gibt aber auch ältere Menschen, die neues Engagement für neue Themen in weniger formalen Verfahren wünschen. Diese Gruppe braucht neue Angebote, die mit ihnen gemeinsam entwickelt werden. Allgemeine Angebote aktivieren nicht.

Aktuelle Proteste älterer Menschen weisen darauf hin, dass gesellschaftliches Engagement aktiviert werden kann und politische Ignoranz nicht von allen hingenommen wird. Der Diskurs zwischen Politik und Gesellschaft ist reformbedürftig, neue Ansätze und Modelle der frühzeitigen Beteiligung, Information und Konsensfindung müssen bisherige demokratische Elemente verändern oder ergänzen.

Ältere können die Demokratie auffrischen.

Ältere Menschen müssen sich mit ihren Erfahrungen in alle politischen Prozesse und Themen einbringen können. Sie wollen nicht auf die Mitberatung oder Mitbestimmung ihrer eigenen Lebenssituation begrenzt bleiben. Wichtiger Motor ihres Engagements ist, dass sie der Gesellschaft und nachfolgenden Generationen etwas gutes Bleibendes hinterlassen wollen (Generativität). Auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft sind Beratungsgremien wünschenswert, in die Ältere ihre Sichtweisen einbringen.

Die Herausforderung der nächsten Jahre besteht darin, die nebeneinander wirkenden Gremien, wie Senioren-, Integrations- und anderen Beiräte, nicht nur zusammenzuführen, sondern ihre AkteurInnen zu MandatsträgerInnen auf allen politischen Ebenen werden zu lassen. Bis dahin sollen Seniorenräte, nicht „Beiräte“, überall verbindlich sein. Ihre Vertreter erhalten Antrags- und Rederecht in allen Ratsausschüssen. Seniorenräte erhalten genau so viel Sitzungsgeld wie Ratsvertreter. Seniorenräte werden von den Wahlberechtigten dieser Altersgruppe gewählt. Ein Landesseniorenrat wird an der Beratung und Gesetzgebung des Niedersächsischen Landtags beteiligt. Er soll vor allem die Interessen der Älteren in die Landespolitik einbringen und darauf achten, dass entsprechende Beschlüsse umgesetzt werden.

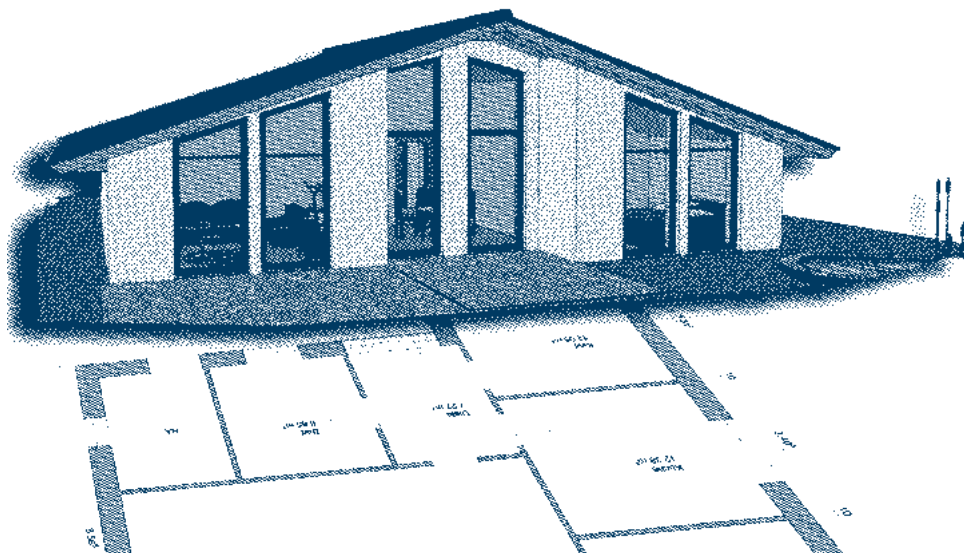
Auf die Altersmischung kommt es an.

Auch dürfen ältere Menschen nicht auf „Seniorengruppen“ beschränkt werden, sie möchten sich mit Jüngeren über positive und negative Erfahrungen austauschen. Gleichzeitig sind sie offen für die Übergabe und Übernahme von Verantwortung. Gut ausgebildete Ältere mit auskömmlichen Einkommen sind leichter für gesellschaftliches Engagement und Selbstbestimmung zu gewinnen. Deshalb richten sich Partizipations- und Bildungsangebote häufig an diese Gruppe. Es ist eine große Aufgabe für die Politik, bildungsferne und einkommensschwache älterer Menschen für ein Engagement zu gewinnen. Der Anspruch des lebenslangen Lernens muss auch für diese Gruppe gelten und neu definiert werden.

Ältere Menschen können in Kita, Kindergarten und Schule sinnvoll helfen – nicht um Personal einzusparen, sondern um Beziehungen zwischen Jung und Alt zu sichern oder wieder herzustellen. Kinder und Alte können voneinander lernen, auch gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis füreinander.

Voraussetzungen für positives Altern.

Positives Altern beginnt früh und bedeutet, sich mit tatsächlichen und künftigen Veränderungen auseinander zu setzen. Gute Bildung, ein aktives Leben und soziale Netzwerke sind beste Voraussetzungen für positiv erlebtes Altern. Wer schon in Schule und Beruf benachteiligt war, braucht einen Ausgleich im Alter. Dabei geht es um Grundsicherung, Rente und Pflege. Positives Altern gelingt nur in sozialen Netzwerken. Weil Familien oft nicht mehr vorhanden sind oder Verwandte entfernt leben, gewinnen Nachbarschaften und kommunales Umfeld an Bedeutung. Für Städte und Gemeinden tut sich hier ein weites Feld auf.



Die meisten älteren Menschen wollen möglichst lange in eigenen vier Wänden bleiben und selbst entscheiden, ob und wann sie in eine andere Wohnung oder in ein Heim ziehen. Deshalb brauchen sie in der Nähe vor allem einen Einkaufsladen, Arzt, Apotheke und ambulante Pflegeangebote – deshalb brauchen sie einen inklusiven Sozialraum, der sich an unterschiedlichen Bedürfnissen ausrichtet und zwangsläufig gemeinsam mit den Alten gestaltet wird. Gute Beratung, Barrierefreiheit und bezahlbare Angebote sind wichtig. Kommunen müssen mehr dafür tun.

Neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens sind zu entwickeln. Das Land muss wieder mehr Wohnungen fördern. Zum seniorengerechten Wohnen gehören seniorengerechte Dienstleistungen. Bauträger oder Genossenschaften sollten dafür gewonnen werden. Es geht um Gartenpflege, Haushalts- und Reparaturservice, aber auch um Betreuung rund um die Uhr und Intensivbetreuung einschließlich (Haus-)Notrufdienst. Moderne Haus- und Haushaltstechnik sowie Internet können helfen, dass alte Menschen so lange wie möglich in ihrer Wohnung bleiben können.

Die wachsende Zahl von Hochaltrigen wirkt sich auf den Bedarf von Pflege aus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch stark Pflegebedürftige ein Recht auf Selbstbestimmung haben. Der Umgang mit Demenz und Depressionen muss Eingang in das öffentliche Bewusstsein erhalten. Nötig ist auch eine bessere Beratung und Unterstützung der Kranken und ihrer Angehörigen. Hilfe in Haushalt und Pflege muss in Stadt und Land vorhanden sein.

Pflege braucht mehr Öffentlichkeitsarbeit, um Fehl- und Vorurteile sowie Ängste abzubauen. Ein Beispiel: Bei Leistungen aus der Pflegeversicherung handelt es sich nicht um Sozialhilfe, die viele nur ungern und verschämt annehmen mögen. Darüber müssen die Menschen informiert werden.

Neue Wohnformen stehen ins Haus.

Verlässlichkeit und Versorgungssicherheit.

Was Hänchen nicht lernt.

„Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr“. Dieser Spruch gilt, wie Studien belegen, auch fürs Ehrenamt. Dies muss in jungen Jahren jedoch unterstützt und darf nicht bestraft werden – zum Beispiel, wenn junge Feuerwehrleute während der Arbeitszeit zum Einsatz ausrücken müssen, aber Ärger mit dem Chef bekommen. Ehrenamt und aktives Leben im Alter setzt voraus, dass die Alten keine existenziellen finanziellen Sorgen haben.

Ehrenamtlich arbeitende Menschen und die von ihnen betreuten oder unterstützten Personen profitieren beide vom Ehrenamt. Es steigert aller Wohlbefinden.

Selbst im Ehrenamt ist die Diskriminierung von Frauen oft hoch. Die meisten Frauen übernehmen im Ehrenamt sozialpflegerische Aufgaben, die benötigt werden, aber weniger anerkannt sind. Aufwandsentschädigungen oder Entgelte gehen an Vorsitzende, Sprecher, Leiter und im Ort prominente männliche Personen, die über den Beruf solche Aufgaben gelernt haben. Hier müssen Frauen ermutigt und gefördert werden. Nicht zuletzt, weil die meisten nicht nur länger leben als Männer, sondern nicht selten auch fähiger sind, sozial integrierend auf Familie und gesellschaftliches Umfeld zu wirken. Der Mehrwert von Frauenprojekten für den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist deutlich.

Im Alter für die Alten.

Auch bei zunehmender Pflegebedürftigkeit und Demenz ist ein möglichst selbstbestimmtes Leben angesagt. Deshalb liegt es nahe, unter Gleichaltrigen ein starkes Netz zu knüpfen – getreu dem Motto „Senioren helfen Senioren“. Zu prüfen ist eine angemessene Entschädigung für das Ehrenamt im Alter, damit nicht nur Menschen mit besserem Einkommen sich das Ehrenamt leisten können.

Ehrenamt und Beruf.

Ehrenamt und Berufstätigkeit müssen besser verzahnt werden. So wird der abrupte Bruch zwischen Beruf und Ruhestand vermieden. So kommen zu Ehemaligentreffen nur diejenigen, die sich bereits früher engagiert haben. Allein zu Hause geht Wissen und Können verloren, das für nachfolgende ArbeitnehmerInnen und Unternehmen wertvoll sein kann. Gleichzeitig sinkt bei vielen RentnerInnen das Selbstwertgefühl, wenn sie nicht mehr im bisherigen Status in der Firma wahrgenommen werden. Es braucht deshalb Konzepte, die Expertenwissen über Patenschaften oder Kooperationen mit Schulen, Auszubildenden oder Rehabilitanden zusammenführen. Zu denken ist an den Ausbau von Programmen wie „Mentor e.V.“.

Altersensible Infrastruktur auf dem Lande.

Das Bild einer inklusiven Gesellschaft ist noch unscharf. Es gibt zu wenig herausragende Konzepte oder Projekte. Dabei ist zu beachten: Dörfer verlangen eigene Lösungen. Um überall eine wohnortnahe Infrastruktur zu erträglichen Kosten auf dem Lande zu erhalten, müssen verschiedene Dienste kombiniert werden. Das Postfahrzeug kann auch als Taxi eingesetzt werden oder Post, Bank und Einzelhandel können mit weiteren Diensten verquickt werden. Einzeln rentieren sie sich nicht, aber gemeinsam eventuell schon.

Sport, Bewegung und Ernährung sind Themen für Ältere, um sich gesund und beweglich zu halten. Dafür brauchen sie altersgerechte Angebote. Die Behörde darf Neubauten im privaten und öffentlichen Bereich nur genehmigen, wenn diese auch im Alter, bei Hilfsbedürftigkeit oder Behinderung genutzt oder bewohnt werden können. Deshalb brauchen wir Aufzüge wo nötig, breite Türen für Rollstühle, Bus- und Straßenbahnhaltestellen mit Einstiegsmöglichkeiten für Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte, Platz für Rollstühle in Bussen und Bahnen.

Städtebauliche Vorgaben und Wohnbauförderprogramme stellen sicher, dass sich altersgemischte Wohnformen entwickeln können. Die Raumordnungspolitik in Niedersachsen muss auf dem Lande Schwerpunkte setzen und nicht jegliche Besiedlung zulassen oder gar fördern. Das Geld sollte nur in Orte fließen, die eine Zukunft haben. Erforderlich sind Mittel für Generationenprojekte.

Hauptsächlich hat sich die Altersforschung mit Fragen von Krankheit und Hilfsbedürftigkeit befasst. Künftige Forschungsprojekte sollten daher die Lebensqualität aller Altersstufen und -gruppen im Blick haben und darauf achten, dass nicht über die alten Menschen, sondern mit ihnen und zu den von ihnen entwickelten Themen geforscht wird. Dazu ist Beratung und Befähigung erforderlich – und ein radikal anderer Ansatz, der die „Forschungsobjekte“ zu mitverantwortlichen Akteuren macht. Es ist schon jetzt nachweisbar, dass Bildung, ein qualifizierter Beruf und gute soziale Kontakte, ein positiveres, gesünderes und längeres Altern begünstigen. Die Bewertung staatlicher Investitionen in Bildung und gute Arbeit sollte daher in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf die Altersgruppe bis zum Lebensende ausgeweitet werden. Dies kann sowohl einen veränderten Ressourceneinsatz erfordern, als auch Ressourceneinsparungen ermöglichen. Der „Generationenvertrag“ ist vor diesem Hintergrund neu zu entwickeln.

**Betroffene
werden Beteiligte.**

Der Generationenvertrag besagt, dass zwischen den beitragszahlenden (jungen) und den rentenempfangenden (alten) Generation das Prinzip gilt, dass die arbeitenden Versicherten durch ihre Beiträge die Renten von heute finanzieren. Der Generationenvertrag ist ein unausgesprochener und nicht schriftlich festgelegter Vertrag zwischen diesen Gruppen, also ein gesellschaftliches Übereinkommen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (http://www.bmas.de/DE/Service/Rentenlexikon/Functions/glossar.html?cms_lv2=54344&cms_lv3=54080)

Bildung verträgt keine Schwellen

Monika Gotzes-Karrasch, Stadträtin der Stadt Langenhagen



Im Alter endlich Zeit zu haben, sich mit interessanten Themen zu beschäftigen, Neues zu lernen, Kurse zu besuchen und mit anderen zu diskutieren – das klingt spannend und ist für viele ältere Menschen attraktiv. Bildung dient – in allen Lebensphasen – der Weiterentwicklung der Persönlichkeit. Sie fördert soziale Kontakte und trägt zur Verbesserung der Lebensqualität bei.

Älteren Menschen eröffnet sie die Möglichkeit, sich mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen aktiv in das gesellschaftliche Leben einzubringen. Wer als junger Mensch keine Zeit, keine Gelegenheit oder zu wenig Unterstützung hatte, kann im Alter noch viel nachholen – egal ob es um grundlegende Fertigkeiten wie Lesen und Schreiben geht, um das Nachholen von Schulabschlüssen oder um kulturelle und politische Bildung. Auch weil die Menge an verfügbarem Wissen zunimmt und vorhandenes Wissen immer schneller veraltet, ist es wichtig, lebenslang zu lernen und offen für Neues zu sein⁶.

Lange Zeit herrschte die Auffassung vor, dass man weniger lernen kann und mag, je älter man wird. Diese einseitige Sichtweise ist überholt. Neue Forschung sieht nicht nur nachlassende Fähigkeiten bei Gedächtnis und Merkfähigkeit, sondern auch

die Stärken und Kompetenzen älterer Menschen. In einem gemeinsamen Projekt stellten WissenschaftlerInnen der Leibniz Universität Hannover und der Volkshochschule Langenhagen („Lern-ZeitAlter“) fest, dass bestimmte sprachliche Fähigkeiten, planendes Denken und Allgemeinwissen bei Älteren nicht nachlassen. Sie können auch nach wie vor zwischen Wichtigem und Unwichtigem unterscheiden. Ältere lernen zwar anders als Jüngere, aber das Gehirn kann bis ins hohe Alter neue Informationen speichern und vernetzen.

Wie kann man ältere Menschen ermutigen, aktiv an Bildungsprozessen teilzunehmen?

- Obwohl ältere und jüngere Menschen unterschiedlich lernen, ist es in der Regel nicht nötig, spezielle Angebote für die verschiedenen Altersgruppen zu schaffen oder das Wissen mit unterschiedlichen Methoden zu vermitteln. Benötigt werden vielmehr Angebote für altersübergreifende Lerngruppen, deren Mitglieder miteinander und voneinander lernen können.
- Um ältere Menschen mit Bildungsangeboten zu erreichen, muss auf ihre bisherigen Bildungserfahrungen Rücksicht genommen werden. Denn daraus können Hemmnisse entstanden sein, die das Lernen behindern oder die Betroffenen gleich davon abhalten, im Alter Neues lernen zu wollen.
- Lernangebote sollten altersgerecht gestaltet werden. Das bedeutet zum Beispiel, genügend Zeit zu lassen, um neues Wissen mit schon vorhandenen Kenntnissen und Erfahrungen verbinden zu können. Auch sollten ältere Menschen dort gefordert werden, wo sie besondere Stärken haben, etwa bei der Lösung komplexer Probleme.

6 Siehe unter Statistiken Seite 54: Tabelle 5.

Wer gut ausgebildet ist, hat in der Regel wenig Schwierigkeiten auch im Alter weiter zu lernen oder gar zu studieren. Anders ist es bei so genannten bildungsfernen Menschen, die im bisherigen Verlauf ihres Lebens keine lernförderliche Umgebung hatten oder aus verschiedenen anderen Gründen nicht daran gewöhnt sind, Bildungsangebote zu nutzen. Deshalb muss Bildungspolitik vorrangig versuchen, diese Personengruppe im Alter zu gewinnen.

- Zunächst muss überall eine Grundversorgung mit Angeboten allgemeiner, politischer und kultureller Weiterbildung geschaffen werden. Denn eine aktuelle Studie (Deutsche Alterssurvey 2010) stellt fest, dass es nur wenige Bildungsangebote für ältere „bildungsferne“ Menschen in der Nähe ihrer Wohnorte gibt.
- Themen und Angebote müssen auf die Wünsche und Bedürfnisse der Zielgruppe „bildungsferne ältere Menschen“ zugeschnitten sein. Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung hat herausgefunden, dass besonders niedrigschwellige Hilfsangebote diese Gruppe ansprechen. Hilfreich ist, diese Angebote unter einem Dach zu bündeln.
- Weil die Verknüpfung von Sport- und Begegnungsangeboten mit Bildung besonders motivierend wirken kann, sollten solche Angebote weiter ausgebaut werden.
- Wichtig sind außerdem Sprach- und Integrationsangebote für zugewanderte Menschen.

Die steigende Lebenserwartung wird dazu führen, dass vielen Menschen nach Erreichen des Ruhestandes lange Jahre für sinnvolle Bildung bleiben. Es lohnt sich deshalb, ihnen ausreichende und interessante Angebote hierfür bereit zu stellen und den Zugang so einfach wie möglich zu gestalten.

Quellen:

Borchers, Dagmar/Bertram, Thomas: Alterssensible Lernkonzepte. Demografieorientiertes Diversity Management in der Erwachsenenbildung. In: Personalführung, Jg. 43, Heft 2, S. 32 bis 39

Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2005

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Pressemitteilung. DIE veröffentlicht Zwischenbericht zu Bildungsangeboten für Ältere im Quartier. Url.: <http://www.die-bonn.de/Institut/Wir-ueber-uns/Presse/Presseartikel.aspx?ID=242>

Zimmermann, Hildegard: Weiterbildung im späteren Erwerbsleben. Empirische Befunde und Gestaltungsvorschläge, Bielefeld 2009



**GESETZLICHE
REGELUNGEN...**

IV. Gesetzliche Regelungen

Das ist zu tun

Alternde Gesellschaften brauchen eine Politik und Kultur der sozialen Integration und staatsbürgerlichen Inklusion. Ältere dürfen nicht als Gefahr für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft hingestellt, sondern müssen und können für diese in die Pflicht genommen werden, insbesondere in der Familie und der Gemeinde. Die Gegenleistung der Gesellschaft kann sein, die Diskriminierung älterer Menschen zu verhindern, ähnlich wie es sich gegenüber Frauen und Zuwanderern allmählich durchsetzt.⁷

Das zentrale Versprechen der Moderne, die umfassende und gleiche Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder, muss auch für die wachsende Zahl Älterer gelten und auch hier von der Politik glaubwürdig repräsentiert werden, fordert eine Gruppe WissenschaftlerInnen, die im Auftrag der Nationalen Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften zum demografischen Wandel geforscht hat. Ihre Empfehlungen basieren auf der Hypothese, dass der Gewinn an Lebenszeit ein noch unausgeschöpftes Fortschrittspotenzial ist – für die Gestaltung einzelner Lebensläufe, für das Zusammenleben der Generationen und für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

Steht die Machtübernahme der rüstigen PolitikerInnen bevor, die nicht abtreten wollen? Werden in unseren Regierungen und Parlamenten demnächst nur noch ältere Menschen den Ton angeben und junge Engagierte bleiben vor der Tür, bis sie alt und grau sind? Ist damit einer nur bewahrenden oder gar rückwärtsgewandten Politik Tür und Tor geöffnet? Keine Sorge: Eine politische Polarisierung zwischen den Generationen droht nicht⁸. Als Wählerinnen und Wähler sind die Älteren ebenso heterogen wie die Jüngeren. Einkommen, Bildungsgrad, soziale Herkunft sind entscheidender als das Lebensalter. Unterschiede zwischen Arm und Reich wiegen schwerer als zwischen Alt und Jung. Nachhaltige Politik, ob Klima, Finanz- oder Sozialstaatspolitik sorgt dafür, dass sich Konflikte zwischen den Generationen nicht verschärfen.

Deshalb grenzt gute Politik Ältere nicht aus, sondern bezieht sie ein und unterstützt die Identifikation der Alten mit der Gesellschaft. Verantwortung über das eigene Leben hinaus ist der Kerngedanke nachhaltiger Politik. Deshalb kennt Politik keinen Schaukelstuhl. Deshalb hört die Verpflichtung zur politischen Einmischung nicht mit dem Ruhestand im Arbeitsleben auf. An anderer Stelle wird die Mitwirkung in der Zivilgesellschaft thematisiert. Hier geht es um politische Teilhabe. Zweifellos werden wir in den nächsten Jahren einen höheren Anteil Älterer in kommunalen Gremien haben, auch in Landtagen und auf Bundesebene. Wann jemand „zu alt“ für eine Funktion ist, wird immer weniger vom kalendarischen Alter abhängen. Gleichwohl gilt es, auch Sondervertretungen von SeniorInnen in den Blick zu nehmen.

Gesetzliche Regelungen.

Altern und Politik.

7 Gewonnene Jahre. Empfehlungen der Akademiegruppe Altern in Deutschland. Bd. 9: Altern in Deutschland. Halle 2009, S. 103.

8 Ebda S. 97

Seniorenmitwirkungsgesetz.

Vor neun Jahren legte der ver.di-Bundesseniorenausschuss einen ersten Entwurf für ein Seniorenmitwirkungsgesetz auf Bundesebene vor. Nach dem Vorbild Österreichs sollte eine rechtliche Grundlage für die an vielen Orten entstehenden Seniorenbeiräte entstehen.⁹ Zu einem solchen Bundesgesetz ist es nie gekommen. Ein im Auftrag des BMFSFJ erstelltes Gutachten, das zeitgleich ergangene Urteil zum Altenpflegegesetz und nicht zuletzt die Arbeit der Föderalismuskommission, die eine Entflechtung von Bundes- und Landeszuständigkeiten zum Ziel hatte, führten dazu, dass dieser Ansatz nicht weiter verfolgt wurde. Gleichwohl wuchs die Zahl der Seniorenvertretungen auf kommunaler und Landesebene.

Die AutorInnen des Gutachtens der Friedrich-Ebert-Stiftung haben den aktuellen Stand der Seniorenmitwirkung auf Landesebene zusammengetragen (Ergänzungen zu Ba-Wü, HH, Thü in eigener Recherche):

Land	Seniorenvertretungen	seit	Gesetzlich. Grundlagen	Förderung Land in €	seit
Baden-Württemberg	Landesseniorenrat	1974			
Bayern	Landesseniorenvertretung	1987	keine	16.500	2004
				500	2005
				500	2006
				500	2007
	Landesseniorenrat			1.400	Reisekosten jährlich
Berlin	Landesseniorenvertretung	1987	BerSenG 2006	2.140	bis 2006 für beide
	Landesseniorenbeirat	2001	BerSenG 2006	15.000	ab 2007 für beide
Brandenburg	Seniorenrat	1998	keine	65.000	jährlich
Bremen	Landesseniorenvertretung	2000	keine	6.000	Ab 2008
Hamburg	Landesseniorenbeirat	1980		53.000	Jährlich
Hessen	Landesseniorenvertretung	1986	keine	63.000	jährlich
Mecklenburg-Vorpommern	Landesseniorenbeirat	1994	SenMitwG 2010	22.000	2004
				37.000	2005
				52.000	2006
				63.000	2007
Niedersachsen	Landesseniorenrat	1983	keine	44.000	Jährlich (Lottomittel)
Saarland	Landesseniorenbeirat	1986	keine	5.000	Jährlich
Sachsen Anhalt	Landesseniorenvertretung	1994	keine	13.000	2004
				17.000	2005
				13.200	2006
				14.700	2007
				14.700	2008
Sachsen	Landesseniorenvertretung	k.A.	keine	20.000	jährlich
	Landesseniorenbeirat				
Schleswig-Holstein	Landesseniorenrat	1986	keine	40.000	jährlich
Thüringen	Landesseniorenvertretung	k.A.			

9 Gutachten zum Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft. Berlin 2011, S. 165.

Obwohl viele Bundesländer, wenn auch begrenzt, Mittel bereitstellen, haben bisher nur die Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern für diese Arbeit eine gesetzliche Grundlage geschaffen. Zweifellos ist eine gesetzliche Regelung die richtige Antwort auf die Frage, wie einem politischen Gremium bestmögliche Legitimität eröffnet werden kann. Aber einzig das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz sieht die Einrichtung von Seniorenvertretungen auf kommunaler Ebene verpflichtend vor. Gleichwohl trifft zu, dass die Verpflichtung zur Einrichtung von kommunalen und Landesseniorenvertretungen nicht automatisch die Erwartungen erfüllt, die geweckt werden.

Akzeptanz und Wirkung, Arbeitsfähigkeit und Teilhabequalität hängen wesentlich davon ab, dass es gelingt, gute Lösungen für folgende Fragen zu finden:

1. Partizipation und Wahl:

Während das Berliner Gesetz eine direkte Wahl der Seniorenvertretungen auf kommunaler und Landesebene vorsieht, beschränkt sich das Seniorenmitwirkungsgesetz Mecklenburg-Vorpommerns auf die Empfehlung, entsprechende kommunale Gremien einzurichten. Es verpflichtet das Land zu einem Beirat, der sich aus 36 gewählten Vertretern und Vertreterinnen der Seniorenbeiräte der Landkreise und kreisfreien Städte zusammensetzt.¹⁰

Seniorinnen und Senioren im Sinne beider Gesetze, sind Personen über 60, die ihren jeweiligen Hauptwohnsitz in M-V bzw. Berlin haben.

2. Aufgabenverständnis und Arbeitsweise der Seniorenvertretungen:

Die Vielfalt der Seniorenmitwirkungsgremien bildet sich nicht nur in unterschiedlichen Wahlmodi ab. Legen einige viel Wert auf Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit, haben andere einen Schwerpunkt in Beratung und Unterstützung.

3. Partizipation älterer Migrantinnen und Migranten:

Die geringe Zahl von Migrantinnen und Migranten ist in den Seniorengremien ebenso ein Problem wie in der Kommunal- und Landespolitik.

Legitimität stiften.

**Offene Fragen
verlangen gute
Antworten.**

Aktuell in Niedersachsen.

Eine gesetzliche Grundlage besteht nicht. Auf seiner Homepage beschreibt der Landesseniorenrat seine Arbeit wie folgt:

„Jährlich einmal findet eine Mitgliederversammlung statt, und alle drei Jahre wird der geschäftsführende Vorstand von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Mitgliederversammlungen verabschieden Stellungnahmen, Anträge und Resolutionen zu Gesetzen und sozialpolitischen Entwicklungen, die an die entsprechenden politischen Gremien weitergeleitet werden.“

Von den vier ehemaligen Regierungsbezirken Niedersachsens werden je zwei Sprecherräte der Arbeitsgemeinschaften für den Gesamtvorstand des Landesseniorenrats gewählt und in der darauf folgenden Mitgliederversammlung des LSR bestätigt. Die

10 Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern (SenMitwG M-V) vom 26. Juli 2010.

169 örtlichen Seniorenvertretungen sind in den Kommunen bzw. Landkreisen sehr unterschiedlich konstituiert. Zwar haben sie alle die zentrale Aufgabe, die Interessen der älteren Generation gegenüber Rat und Verwaltung zu vertreten, aber darüber hinaus entscheiden sie ganz eigenständig, in welchen Bereichen sie sich engagieren möchten. Viele Seniorenvertretungen entsenden ein Mitglied in den Sozialausschuss des Rates, manche sind mit Ausnahme des Finanz- und Verwaltungsausschusses in fast allen Ausschüssen des Rates vertreten. Einige haben in den Ausschüssen Antrags- und Rederecht, andere können nur als interessierte Bürgerinnen und Bürger in der Bürgerfragestunde das Wort ergreifen. Auch die Bildung der Seniorenvertretungen ist sehr verschieden. Einige werden in Urwahl von allen über 60-Jährigen gewählt, die meisten aber von Delegierten aus den Vereinen und Verbänden, die Altenarbeit in der Gemeinde leisten. In einigen wenigen Seniorenvertretungen sitzen VertreterInnen der Ratsfraktionen, in den meisten aber nicht.“

Sozialplanungs- instrumente verändern.

Politik für SeniorInnen wird noch zu oft unter dem Aspekt der Versorgung und Hilfebedürftigkeit gesehen. Ein humanes Lebensumfeld von älteren Menschen umfasst aber die langjährige Phase der Aktivität, ferner Mobilität, Einsatzbereitschaft, soziales Mitwirken, lebenslanges Lernen und gesundheitliche Vorsorge.

Wenn sich Politik diesem Bereich verantwortlich widmen will, ist eine Sozialplanung für SeniorInnen (SoSe) ein geeignetes Mittel. Die Vorteile einer Sozialplanung, die sich kleinräumig orientiert und an Kommunen wendet, werden von den Entwicklern des Pilotprojekts „Neues Altern in der Stadt“ (NAIS) so beschrieben:

„Was kann ich mit Sozialplanung für Senioren (SoSe) erreichen? Mehr seniorenpolitische Transparenz erzeugen; Problemstellungen deutlich machen und sensibilisieren; Zielformulierungen, Strategien und Konzepte vorbereiten; Entscheidungen vorbereiten und nachvollziehbar machen; den Einsatz knapper Ressourcen optimieren; Zielüberprüfung und Evaluation ermöglichen.“¹¹

(aus: seniorenplanung-senioren.de)

Das in der Expertenrunde dargestellte Beispiel der Stadt Bielefeld bestätigt diesen Ansatz. Auf der Grundlage von detaillierten Daten über die Lebenssituation älterer Menschen konnte die bisher übliche „Altenhilfeplanung“ zu einer neuen Politikgestaltung, an den konkreten Bedürfnissen der Menschen in den Quartieren orientiert, umgestellt werden. Die erhobenen und jährlich fortgeschriebenen Daten setzen die (ehrenamtlichen) KommunalpolitikerInnen und Verwaltung in den Stand, kenntnisreicher und damit kompetenter politische Ziele zu entwickeln. Diese punktgenaue Kommunalpolitik ist transparenter und in ihren Auswirkun-

11 SoSe entstand im Rahmen des seniorenpolitischen Pilotprojektes NAIS (Neues Altern in der Stadt) der Bertelsmann Stiftung und wurde durch die Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V. an der Universität Dortmund in Zusammenarbeit mit der Abteilung Psychologische Altersforschung der Universität Heidelberg speziell für kleine und mittlere Kommunen entwickelt.

gen und Erfolge für Politik, Verwaltung, aber auch für die steuerzahlende Öffentlichkeit gut nachvollziehbar. Insbesondere der Mitteleinsatz, der im sozialen Bereich oft als Fass ohne Boden empfunden wird, lässt sich durch diese veränderte, an Sozial- und Finanzziele orientierte kommunale Altenpolitik, gut nachvollziehen. Denn Kürzungen oder Erhöhungen lassen sich begründen.

Es wird angenommen, dass dies zu einer höheren Legitimation sozialpolitischer Entscheidungen im Gemeinwesen führt. Auf dieser Basis sollten Konzepte entwickelt werden, wie die Betroffenen selbst in den Datenerhebungsprozess, aber dann auch in die Formulierung und Umsetzungen von Zielen zur bürgernahen Gestaltung des Sozialraums, einbezogen werden. Die Kommunen sollten in dem Instrument der Sozialplanung und den aufsetzenden Konzepten unterstützt werden.

Spätestens seit dem demografischen Wandel Eingang in den gesellschaftspolitischen Diskurs gefunden hat, gibt es vermehrt Lehrstühle und Projekte zur Altersforschung. Häufig stehen gesundheitsbezogene Themen im Vordergrund, oft mit der Pflegebedürftigkeitsperspektive oder der Vereinsamung im Alter verknüpft. Die alternde Gesellschaft wird als Problem gesehen, der „Generationenvertrag“ zur Finanzierung der Sozialversicherung als brüchig beschworen. Politik befasst sich daher einerseits mit dem Anspruch, mehr Menschen länger in der Erwerbsarbeit und als BeitragszahlerInnen zu halten und andererseits alarmierend, mit dem Fürsorge- und Ressourcenaspekt für die immer größer werdende Gruppe der Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind.

Erfreulich ist, dass es zunehmend Forschungsprojekte und -ergebnisse gibt, die sich mit den positiven Faktoren des längeren Lebens, der Gesundheitsprävention, den Potenzialen älterer Menschen und der Bedeutung ihres Engagements für viele gesellschaftliche Bereiche befassen. Ein konsequent partizipatorischer Ansatz setzt auch hier auf Veränderung: Die Befähigung und Beteiligung der Betroffenen als Akteure bei der Themenfindung, der Projektgestaltung und schließlich auch der Ressourcenverantwortung macht ein neues Verständnis von Altersforschung deutlich.

„Getting old is not for cowards“ („Alt zu werden ist nichts für Feiglinge“) ist eine der anschaulichen Überschriften eines Forschungsberichts, den die „Joseph Rowntree Foundation“¹² für und mit älteren Menschen in Dorset (England) durchführt. Die Stiftung hat gemeinsam mit Betroffenen auf dem Lande national aufgelegte Pilotprojekte zu echten Teilhabeprojekten umgewandelt, an denen Ältere an sämtlichen Entscheidungen, Entwicklungen und strategischen Fragen ihrer Belange beteiligt sind. Bei einer Tagung der Körber-Stiftung in Berlin vom 4./5.11.2010¹³ stellten die älteren Mitwirkenden ihre Konzepte vor. Dabei wurde deutlich, dass

**Mehr Forschung über
Ältere – aber nicht
ohne Sie**

12 Reed, Jan et al. (2003): Getting old is not for cowards. Comfortable, Healthy Ageing. York: „Joseph Rowntree Foundation.

13 Dokumentation Potenziale der Alters, Symposium in der Körber-Stiftung, 4./5.11.2010

Partizipation nicht nur angestrebt wird, sondern auch in seinen Auswirkungen deutlich zur Lebensfreude und Selbstsicherheit beiträgt sowie zu mehr Selbstbewusstsein führt. „Das ist gelebtes Empowerment,“ stellte eine Tagungsteilnehmerin fest. Grund genug, hier und bei ähnlichen Ansätzen auch für die ländlichen Gebiete Niedersachsens Vorbilder zu finden.

Ähnliche Wege wurden in Deutschland beschritten, so in einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt „Primärpräventive Wirkungen der Arbeit des Netzwerks Märkisches Viertel“¹⁴. Gegenstand der Untersuchung waren die gesundheitsförderlichen Effekte des freiwillig organisierten „Netzwerkes Märkisches Viertel“, eines Zusammenschlusses verschiedener lokaler Akteure, die das Ziel verfolgen, das selbstständige Leben älterer Menschen zu fördern. Dabei ging es um die Zusammenarbeit zwischen Forschungsteam und dem Kooperationspartner „Netzwerk Märkisches Viertel“ und um den Umgang mit sozial benachteiligten älteren Menschen.

14 Heusinger, Josefine; Kammerer, Kerstin (2011): Partizipative Methoden in der Gesundheitsforschung für und mit älteren Menschen. In: Journal für Psychologie, Jg. 19, Ausgabe 2.

Unabhängig informieren und beraten Verbraucherschutz im Alter

Fragen an die Bundestagsabgeordnete Kerstin Tack

Das Interview führte Gabriele Lösekrug-Möller



Frau Tack, Sie arbeiten für die SPD-Bundestagsfraktion zu verbraucherpolitischen Fragen. Welche Anforderungen sehen Sie angesichts einer älter werdenden Gesellschaft?

Kerstin Tack: Gerade ältere Menschen müssen sich auf Informationen und Beratungen verlassen können. Der Verbraucherschutz im Alter ist eine Kernfrage für den Verbraucherschutz von morgen. Es ist gut, dass sich viele Seniorenverbände und Verbraucherschutzverbände stark engagieren.

Wo sehen Sie besonderen Handlungsbedarf?

Kerstin Tack: Die mehr als 20 Millionen über 60-Jährigen sind eine gefragte und unworbene Kundengruppe. Aber für sie wird längst nicht genug getan. So muss zum Beispiel bei Produktbeschreibungen und Preistransparenz noch viel passieren, genauso beim gesundheitlichen Verbraucherschutz. Patientenrechte, individuelle Gesundheitsleistungen und Pflegestandards im stationären und ambulanten Bereich sind große Baustellen, auf denen viel mehr unabhängige Information und Beratung Not tut. Wir müssen deshalb die Verbraucherzentralen und Patientenberatungsstellen stärken und ausbauen.

Welche Rolle spielen die neuen Medien?

Kerstin Tack: Unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sind ja nicht von gestern. Wir unterschätzen oft, wie stark sie im Internet unterwegs sind. Doch genau dort lauern auf sie Verbraucherfallen, in die viele ganz unabhängig vom Alter tappen: Beim Online-Einkaufen, beim Banking, beim Herunterladen von Software, die Reihe wäre noch weiter fortzusetzen. Auch das Telefon kann zur Falle werden. Internet und Telefon sind jedoch gerade im Alter wichtige Kommunikationskanäle. Deshalb müssen wir sie sicher gestalten.



NEUE WEGE



V. An neuen Wegen orientieren

Inklusion – noch immer für viele ein abstrakter Begriff. In den vergangenen Jahren wurde er als Leitbild der Menschenrechtskonvention für Menschen mit Behinderungen populär. Inzwischen wird dieser Ansatz umfassender gesehen. Gemeint ist die Einbeziehung aller Menschen mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Fähigkeiten im engeren sozialen Umfeld.

In einem inklusiven Sozialraum müssen sich LeistungsträgerInnen und Leistungserbringer umfassend auf vielfältige und unterschiedliche Bedarfe der Menschen einstellen. Nicht ein einheitliches Angebot ist das Ziel. Vielmehr lautet es, dass niemand vom Zugang zu Angeboten und Hilfen ausgeschlossen werden soll. Das betrifft Alter, Herkunft, Religion und Behinderungen. Die Absonderung wegen Hautfarbe oder Religion muss überwunden werden mit dem Ziel, das Zusammenkommen unterschiedlicher Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen bei einer Anlauf- und Beratungsstelle im Wohnquartier zu ermöglichen und zu fördern.

Ein inklusiver Sozialraum macht es möglich, dass Menschen in ihrem gewohnten Lebensraum alt werden können. Das Umfeld ist umfassend inklusiv gestaltet, individuelle Beratung und notwendige Hilfen stehen zur Verfügung, die Infrastruktur im Wohnquartier ist barrierefrei. Es bestehen kulturell sensible Treffpunkte und Netzwerke, die ein Zusammenleben mit gegenseitiger Wertschätzung ermöglichen.

Mit diesem Modell des inklusiven Sozialraums wird ein sozialpolitischer Weg für die Lebenslagen auch älterer Menschen eingeschlagen, der gleichermaßen auf Selbstbestimmung, Aktivierung und Partizipation setzt. Die Umgestaltung ist auf jeder Ebene voran zu treiben: durch Bundesgesetze und durch Landespolitik, die den Rahmen setzen und Ressourcen sichern muss – und schließlich durch Landkreise, Städte und Gemeinden. In den Kommunen befinden sich die „Hauptverantwortlichen“, die sich dem Umbau des Wohn- und Lebensumfelds der Menschen verpflichten und inklusive Sozialräume schaffen müssen.

Auch hier ist Beteiligung der Betroffenen das A und O. Dafür bieten sich kommunale Aktionspläne an, die als Querschnittsaufgabe zu begreifen sind. Zu nennen sind Sozialplanung, Verkehrsplanung, Bildungsplanung und Daseinsvorsorge. Voraussetzungen sind aussagefähige Sozialdaten und eine integrierte Sozialberichterstattung.

Beratung aus einer Hand ist keine neue Forderung, sie ist vielmehr bereits Bestandteil der Sozialgesetzgebung. Nach wie vor ist die Sozialberatung jedoch gekennzeichnet durch Widerstände, entgegenstehende Trägerinteressen, Kompetenzge-

Das Modell des inklusiven Sozialraums.

rangel – immer zu Lasten derjenigen, die Unterstützung erwarten und benötigen. Auch hier ist ein konsequentes Umdenken in der Landes- und Kommunalpolitik gefordert. So kann das Zusammenlegen von Strukturen, die bisher nebeneinander und daher auch doppelt laufen, Fehlberatungen vermeiden, Effizienzgewinne bringen und letztlich die Kompetenz und Qualität der Beratung und Leistungserbringung steigern. Die Spezialisierung kommt im Anschluss: Auch hier muss der Zugang durch die Erstberatung gesichert und gesteuert werden.

Die Landesregierung muss Kommunen bei der Umgestaltung der Quartiere in inklusive Sozialräume unterstützen. Dazu muss sie die regionale Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger einschließlich der Träger der Sozialhilfe neu regeln, zum Beispiel über die verpflichtende Bildung von regionalen Arbeitsgemeinschaften der Rehabilitationsträger. Sie sollen vor allem gemeinsame Regeln schaffen zur Bedarfsfeststellung und zur Prävention von Hilfebedürftigkeit. Wichtig sind regional bedarfsgerechte Versorgungsangebote.

Modelle zur Umgestaltung kommunaler Räume und Sozialberatung sind vorhanden. So stützt sich der „kommunale Index für Inklusion“¹⁵ auf Fragenkataloge, die den Dialog anregen, alle Interessengruppen aktiv einbeziehen und Potenziale für Verbesserung von örtlichen Strukturen aufzeigen. Dies wird bereits in vielen Kommunen erprobt, die sich vernetzen und das Erfahrungswissen verbreitern. Die Kommunen in Niedersachsen sollten ermuntert werden, sich an guten Beispielen zu orientieren.

Partizipationskonzepte entwickeln: Landesprogramm innovative Partizipationsmodelle

Prof. Dr. Christiane Diemel, Präsidentin der Hochschule Hildesheim

Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern an der konkret sie betreffenden Politik kann eine Brücke heraus aus dem „Wutbürgertum“ und hinein in ein nachhaltiges gesellschaftliches Engagement sein. Im deutschen Verfahrensrecht gibt es zwar eine große Zahl von Beteiligungsmöglichkeiten, gerade Infrastruktur-Großvorhaben sind aber vielfach wegen der hoch komplizierten Verfahren kaum mehr zu durchschauen. Zentrale Entscheidungen fallen aber häufig lange vor der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung. Viele Vorhaben auf lokaler Ebene dagegen bedürfen gar keiner förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung. Dies gilt besonders für Vorhaben, die für ältere Bürgerinnen und Bürger von besonderer Bedeutung sind, etwa Änderungen im ÖPNV oder bei der Gestaltung städtischer Räume. Notwendig ist eine neue Kommunikations- und Beteiligungskultur.

Es muss darum gehen, der Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern einen zentralen Stellenwert zu geben, und zwar abgestimmt auf die jeweiligen Vorhaben. Um dies zu realisieren, sind nicht vorrangig Änderungen des bestehenden Rechts notwendig, sondern eine Änderung der Politik- und Verwaltungspraxis. Vor allem die Verwaltung muss ihr Rollenbild vollständig wandeln: vom Entscheider zum Erklärer, Kommunikator und Verfahrensmanager.¹⁶

Ein „Landesprogramm innovative Partizipationsmodelle“ könnte einen deutlichen Anreiz setzen, dass Bürgerbeteiligung in Niedersachsen vor Ort



tatsächlich stattfindet und dabei die modernen Formen kooperativer Demokratie nutzt, z.B. Mediation, Planungszelle oder Bürger-Kammern. Dabei sollten die neuen elektronischen Kommunikationsmittel ebenso genutzt werden wie bestehende Partizipationsstrukturen vor Ort, Bürgerinitiativen, Quartiersmanagement, aber auch partizipative Infrastrukturen wie Nachbarschaftsheimen und Dorfgemeinschaftshäuser.

Ein solches „Landesprogramm innovative Partizipationsmodelle“ könnte folgende Elemente umfassen:

- Schaffung einer zentralen Koordinierungsstelle im Land, z. B. als Referat für Bürgerbeteiligung und Partizipation in der Staatskanzlei oder im Ministerium des Innern (für Partizipation auf kommunaler Ebene);
- Förderprogramm für kommunale Partizipationsverfahren: Für Kommunen wird bei der Durchführung methodisch qualifizierter Bür-

16 Wulfhorst, Reinhard: Konsequenzen aus „Stuttgart 21“: Vorschläge zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung. In: Die öffentliche Verwaltung 64, 2011, S. 581-590.

gerbeteiligungsverfahren eine Anteilsfinanzierung gewährt – die Koordinierungsstelle gewährleistet Beratung bei der Konzeption und Durchführung;

- Kommunalakademie Partizipation und Bürgerbeteiligung: ein qualifiziertes Landesfortbildungsprogramm für kommunale Verantwortungsträger, um sie mit Theorie und Praxis der Bürgerbeteiligung bei kommunalen Vorhaben vertraut zu machen;
- Niedersächsische Plattform E-Democracy: Eine zentrale Internet-Plattform ermöglicht es, für Landes- und kommunale Vorhaben ohne zusätzlichen Aufwand elektronisch gestützte Beteiligungsverfahren durchzuführen.

Die Beteiligung Älterer bietet eine besondere Chance für die demografiegerechte Gestaltung der Gesellschaft. Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Partizipation Älterer in Niedersachsen auf Landes- und kommunaler Ebene kann zusätzliche Legitimation schaffen. Zugleich braucht es aber auch Rahmenbedingungen, die auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen der Seniorinnen und Senioren Rücksicht nehmen. Hierzu gehören unbürokratisch zu erlangende finanzielle Aufwandsentschädigungen, Unterstützung bei der Mobilität und bei der Nutzung moderner Kommunikationsmittel.

Seniorenvertretungen können insbesondere dann politischen Einfluss nehmen, wenn sie sich fachlich eingehend mit der jeweiligen Thematik auseinandersetzen und wenn sie den Gang der parlamentarischen Verfahren und Einwirkungsmöglichkeiten gut kennen. Deshalb brauchen die Seniorenvertretungen einen Fortbildungstitel mit angemessener finanzieller Ausstattung, um Kompetenz zu erwerben und sich im politischen Pro-

zess mehr Respekt zu verschaffen. Zudem würde dies die Arbeit in der Seniorenvertretung auch für neue Engagierte attraktiv machen. Dieser Titel könnte auch für das notwendige besondere Coaching von Seniorenvertretern mit Migrationshintergrund verwendet werden.

Für die Lebenssituation vieler Seniorinnen und Senioren ist es wichtig, neben der sehr arbeitsaufwändigen Vollmitgliedschaft in Gremien auch offene, zeitlich befristete, projektförmige Mitarbeitsmöglichkeiten zu schaffen, um so den Kreis der aktiv Engagierten zu erweitern. Der Landes-seniorenbeirat schafft eine Plattform zur Ausschreibung solcher „Partizipationspraktika“ mit zeitlicher Beschränkung und lädt bewusst bislang nicht aktive Ältere hierzu ein.

Wichtig ist, die Kompetenz der Seniorenvertretungen möglichst flächendeckend für kommunale Planungsvorhaben und Projekte zu nutzen. Es wäre sinnvoll, die Teilnahme der kommunalen Seniorenvertretungen an den verschiedenen Planungs- und Umsetzungsgremien untergesetzlich zu befördern, z.B. in Form einer Empfehlung oder Verwaltungsvorschrift. Hier sollten in einer Liste typische kommunale Vorhaben vom Krankenhausbau bis zum Verkehrsprojekt benannt werden, an denen die Seniorenvertretungen regelhaft zu beteiligen wären.

Die gesetzliche Einrichtung von Seniorenvertretungen darf aber nicht zu Parallelstrukturen neben den demokratisch gewählten Gremien führen. Vielmehr muss ein „Generationen-Mainstreaming“ dafür sorgen, dass in allen Gremien mit politischer Verantwortung Ältere und Hochbetagte ihrem Anteil an der Bevölkerung gemäß vertreten sind.

Mitwirkende Expertinnen und Experten in den Werkstattgesprächen

Prof. Dr. Christiane Dienel

Präsidentin der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst in
Hildesheim

Ingrid Ehrhardt

Geschäftsführerin des Freiwilligenzentrums Hannover

Marianne Fritzen

Anti-AKW-Aktivistin, Mitbegründerin der Bürgerinitiative Lüchow –
Dannenberg

Monika Gotzes-Karrasch

Dezernentin für Soziales, Jugend, Sport, Bildung und Kultur der Stadt
Langenhagen

Remmer Hein

Geschäftsführer in der Landesgeschäftsstelle Niedersachsen

Walter Hiller

Niedersächsischer Sozialminister a.D.

Erika Huxhold

Ehemalige Abteilungsleiterin im Bundesarbeitsministerium u.a. zuständig für
soziale Integration und heute Leitende Bezirksgeschäftsführerin in Hannover

Tim Kähler

Sozialdezernent der Stadt Bielefeld

Gabriele Lösekrug-Möller MdB

Stellvertretende Vorsitzende im Landesverband Niedersachsen

Bernd Meyer

Vorsitzender des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in
Niedersachsen und Bremen (vdw)

Karl Ravens

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau a.D.

Dr. Cornelius Schley

Fraktionsgeschäftsführer im Niedersächsischen Landtag

Mechthild Schramme-Haack

Vorsitzende des Landesfrauenrats Niedersachsen

Uwe Schwarz MdL

Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

Rudi Sproessel

Aktiver in der Anti-AKW-Bewegung aus Lüchow – Dannenberg

Dr. Christoph Steinbach

Vorsitzender des Landesseniorenrats Niedersachsen e.V.

Otto Stender

Engagierter Buchhändler aus Hannover

Horst Stenzel

Gewerkschafter aus Lüchow – Dannenberg

Kerstin Tack MdB

Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Birgit Wolff

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin
Niedersachsen e.V.

Text:

Bernhard Fokken, Journalist

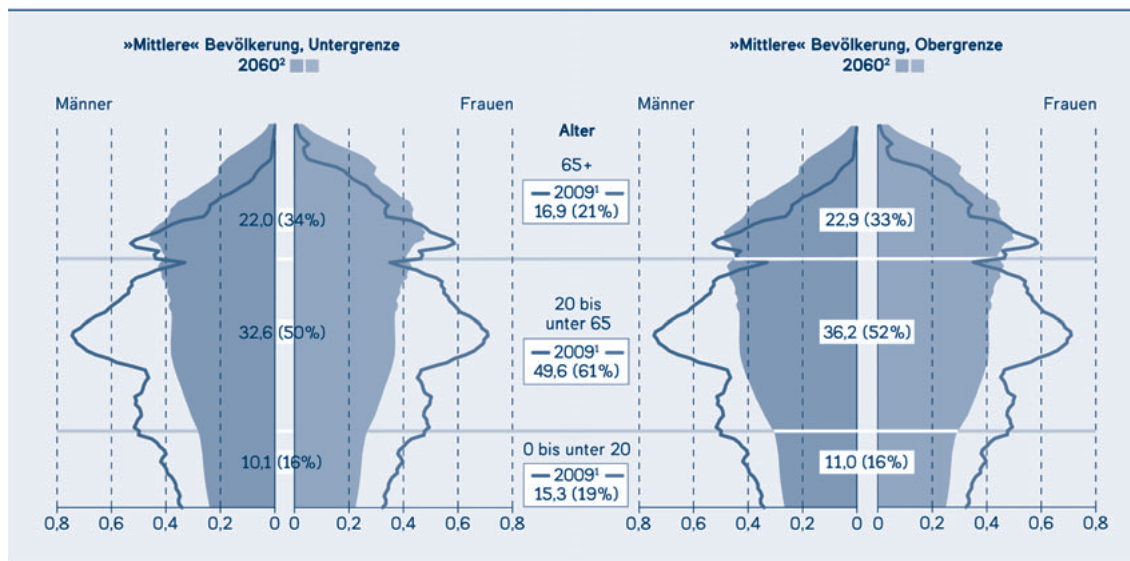
Statistiken

Die folgenden Statistiken sind dem „Datenreport 2011: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland: Band I“ des Statistischen Bundesamtes (Destatis) entnommen.



© Bundeszentrale für politische Bildung

Abbildung 1: Altersaufbau der Bevölkerung in den Jahren 2009 und 2060, Mill. (in %)



1 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung 2009.
 2 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (mittlere Bevölkerung Unter- und Obergrenze); animierte Variante unter www.destatis.de/bevoelkerungspyramide.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 1: Bewertung des Gesundheitszustandes nach soziodemografischen Merkmalen

	Bewertung des Gesundheitszustandes											
	Gut				Zufriedenstellend				Schlecht			
	1995	2000	2005	2009	1995	2000	2005	2009	1995	2000	2005	2009
	in %											
Insgesamt	46	49	46	45	34	34	34	36	20	17	20	19
Geschlecht												
Männer	51	52	48	47	33	33	34	36	16	15	19	17
Frauen	42	46	45	43	34	35	34	36	23	20	22	21
Alter												
Unter 40 Jahren	67	71	69	69	25	22	23	23	8	7	8	7
40-59 Jahren	42	48	44	42	37	36	37	40	21	17	19	18
60 Jahre und älter	23	24	23	25	41	45	42	44	36	31	35	31
Berufsbildung												
Ohne Abschluss	45	45	47	46	30	33	31	32	25	22	23	22
Mittlerer Abschluss	45	48	44	42	35	35	35	39	19	17	20	19
Fachhoch-, Hochschule	53	59	53	54	35	30	31	32	12	11	15	14
Erwerbstätigkeit												
Voll erwerbstätig	57	61	58	56	32	29	31	34	12	10	11	10
Teilzeitbeschäftigt	54	55	52	50	33	34	33	38	13	11	15	13
Nicht erwerbstätig	37	37	36	35	36	37	36	37	28	25	28	27
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen												
Bis unter 1000 EUR	32	37	34	33	36	33	33	36	32	30	33	31
1000-2000 EUR	40	42	40	39	35	37	35	39	25	21	25	22
2000-3000 EUR	51	52	50	48	33	33	34	36	17	15	16	16
Mehr als 3000 EUR	57	59	56	58	32	31	31	31	11	10	13	11
Kassenwechsler (nur GKV)												
Nein	n.v.	48	46	45	n.v.	34	34	36	n.v.	18	20	19
Ja	n.v.	65	57	56	n.v.	25	28	29	n.v.	10	16	15
Region												
Westdeutschland	47	50	47	45	33	33	34	36	20	17	20	19
Ostdeutschland	45	46	45	44	37	36	34	35	18	18	22	21

Datenbasis: SOEP 2009.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 2: Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung 2009

Altersgruppen	Insgesamt	Mit beruflichem Bildungsabschluss							ohne Angabe
		Lehr- /Anlern- ausbildung	Fachschulab- schluss	Fachschulab- schluss in der ehem. DDR	Fachhoch- schul- abschluss	Hochschul- abschluss	Promotion		
in 1000									
25-29	4 998	2 644	275	-	300	506	17	1 232	
30-39	10 134	5 527	722	40	764	1 223	147	1 640	
40-49	13 819	8 084	1 114	217	915	1 239	207	1 940	
50-59	11 393	6 595	823	246	728	1 049	152	1 717	
60 und älter	21 406	10 991	1 277	396	885	1 175	245	6 116	
Insgesamt	61 750	33 841	4 211	899	3 592	5 192	768	12 644	
in %									
25-29	100	52,9	5,5	-	6,0	10,1	0,3	24,7	
30-39	100	54,5	7,1	0,4	7,5	12,1	1,5	16,2	
40-49	100	58,5	8,1	1,6	6,6	9,0	1,5	14,0	
50-59	100	57,9	7,2	2,2	6,4	9,2	1,3	15,1	
60 und älter	100	51,3	6,0	1,8	4,1	5,5	1,1	28,6	
Insgesamt	100	54,8	6,8	1,5	5,8	8,4	1,2	20,5	

Ergebnisse des Mikrozensus.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 3: Mittleres Nettoäquivalenzeinkommen

	Median des Nettoäquivalenzeinkommens (EUR pro Jahr)	
	2007	2008
Insgesamt	18 309	18 586
Männer	18 777	18 927
Frauen	17 909	18 219
Altersgruppen		
unter 18 Jahren	17 205	17 438
18 bis 24 Jahre	17 678	17 784
25 bis 54 Jahre	19 980	20 407
55 bis 64 Jahre	19 042	18 775
65 Jahre oder älter	16 498	16 804
Haushaltstypen		
Alleinlebende	15 580	15 894
Männer	16 589	17 002
Frauen	14 827	15 277
Personen in Haushalten von ...		
... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre	22 471	23 073
... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter	17 225	17 367
... Alleinerziehenden	12 438	12 792
... zwei Erwachsenen mit einem Kind	20 420	21 257
... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern	18 994	19 334
Überwiegender Erwerbsstatus¹		
Erwerbstätig	20 945	21 536
Arbeitslos	9 999	9 600
Im Ruhestand	15 924	16 423
Bildungsstatus²		
ISCED 0 bis 2 – niedrig	15 412	15 451
ISCED 3 bis 4 – mittel	18 014	18 331
ISCED 5 bis 6 – hoch	22 450	23 223

1 Personen ab 18 Jahren. Zuweisung zum überwiegenden Erwerbsstatus nach Selbsteinschätzung der Befragten.

2 Personen ab 18 Jahren. Aktueller Bildungsstatus nach der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED 97). ISCED 0 bis 2: Vorschule, Primärbereich und Sekundarstufe I. ISCED 3 bis 4: Sekundarstufe II und Post-Sekundärbereich. ISCED 5 bis 6: Tertiärbereich.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 4: Einkommensungleichheit

	Einkommensbezugsjahr	
	2007	2008
	Gini-Koeffizient (Einkommensungleichheit)	
Insgesamt	0,3	0,29
	Quintilsverhältnis (S80/S20-Rate)	
Insgesamt	4,8	4,5
Männer	4,8	4,5
Frauen	4,7	4,4
unter 65 Jahren	4,9	4,7
Männer	5,0	4,7
Frauen	4,9	4,6
65 Jahre oder älter	4,0	3,7
Männer	4,2	3,7
Frauen	3,9	3,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 5: Allgemeiner Schulabschluss der Bevölkerung 2009

Altersgruppen	Insgesamt	Noch in schulischer Ausbildung	Mit allgemeinem Schulabschluss					Ohne Schul- abschluss
			Haupt- (Volks-)schul- abschluss	Abschluss der Poly- technischen Oberschule	Realschul- oder gleich- wertiger Abschluss	Fachhoch- schul- oder Hoch- schulreife	ohne Angabe	
in 1 000								
25-29	4 998	10	1 027	-	1 599	2 171	15	166
30-39	10 134	5	2 372	651	2 867	3 760	35	415
40-49	13 819	-	3 975	1 814	3 396	4 003	50	535
50-59	11 393	-	4 511	1 583	2 073	2 740	39	412
60 und älter	21 406	-	13 886	590	2 784	3 032	86	832
Insgesamt	61 750	22	25 771	4 637	12 719	15 705	224	2 360
in %								
25-29	100	0,2	24,4	-	32,0	43,4	0,3	3,3
30-39	100	0,1	23,4	6,4	28,3	37,1	0,3	4,1
40-49	100	/	28,8	13,1	24,6	29,0	0,4	3,9
50-59	100	/	39,6	13,9	18,2	24,0	0,3	3,6
60 und älter	100	/	64,9	2,8	13,0	14,2	0,4	3,9
Insgesamt	100	0,0	41,7	7,5	20,6	25,4	0,4	3,8

Ergebnisse des Mikrozensus.

Quelle: Statistisches Bundesamt

